

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

ACTA – noch vor dem Sommer vor dem Aus?
Jörg Leichtfried

Zwei Wahlen, die Europa ändern sollten
Ludwig Dvořák

Auf gutem Weg zu einer vernünftigen Gesundheitsreform
Ingrid Reischl und Andrea Wesenauer

Tunesien – eine Revolution und zwei Konterrevolutionen
Muna Duzdar



RAY 2012

Fotografieprojekte Frankfurt/RheinMain

EDITORIAL

Transparenz ist derzeit das Zauberwort in der österreichischen Innenpolitik. Das ist gut so. Es ist in höchstem Maße sinnvoll, offen zu legen, welche Personen und Interessensgruppen ihr Geld nutzen, um Einfluss auf die Politik zu nehmen. Die selbstlosen Zuwendungen großzügiger IdealistInnen dürften unter den KleinspenderInnen deutlich stärker vertreten sein als unter den öffentlich genauso uneinsichtigen Großspenden. Denn es liegt in der Natur der Sache, dass Unternehmen und Konzerne, die Gelder fließen lassen, sich in der einen oder anderen Form eine Gegenleistung erwarten.

Es wäre daher sogar durchaus zu überlegen, private Großspenden an Parteien nicht nur transparent zu machen, sondern überhaupt ihre Zulässigkeit zu hinterfragen, so wie auch die Kontrolle von Medien durch Eigentümer und großzügige Inserenten im Interesse einer funktionierenden Demokratie grundsätzlich in Frage zu stellen wäre. Voraussetzung dafür wäre da wie dort allerdings, die öffentliche Parteien- und Presseförderung nicht unter dem Gesichtspunkt der Kannibalisierung, sondern ihres eigentlichen Zwecks zu diskutieren: Parteien und Medien finanzielle Unabhängigkeit zu geben und sie finanziell gegenüber der Öffentlichkeit statt ihren Geldgebern gegenüber verantwortlich zu machen. Es bleibt abzuwarten, ob die Neuordnung jedenfalls der Parteifinanzen diesen Zielen zuträglich ist.

In der aktuellen Ausgabe widmet sich der Delegationsleiter der SPÖ-Abgeordneten im EU-Parlament, MEP **Jörg Leichtfried**, dem **Anti-Piraterieabkommen ACTA**, das aktuell von Europas ParlamentarierInnen beraten wird und europaweites Konfliktthema ist. Die SPE-Fraktion hat sich gegen das Abkommen positioniert, Genosse Leichtfried beleuchtet die Hintergründe des Abkommens und der sozialdemokratischen Haltung dazu.

Ludwig Dvořák beschäftigt sich in seinem Beitrag mit den **Wahlergebnissen in Frankreich und Griechenland**.

Die Sozialdemokratie müsse die klaren Voten dafür nutzen, um in die **Offensive** zu gehen: Die **Neuverhandlung des Fiskalpaktes** könnte ein politischer Wendepunkt in Europa sein: Umso mehr dürfe sie sich nicht mit einem angebotsseitigen Maßnahmenpaket, das nur zur **Tarnung Wachstumspakt** genannt wird, abspesen lassen.

Dem Dauerbrenner **Gesundheitsreform** widmen sich Ingrid Reischl und Andrea Wesenauer in ihrem Text. Sie skizzieren **sinnvolle Reformmaßnahmen** aus **Sicht der Sozialversicherung** und der **ArbeitnehmerInnenvertretung**.

Die Wiener Bundesrätin **Muna Duzdar** reiste Ende März bis Anfang April als erste österreichische Politikerin nach dem arabischen Frühling nach **Tunesien**. Bei ihrer **Studienreise** traf sie nicht nur mit hochrangigen Vertretern von **Regierung und Parlament**, sondern auch mit zahlreichen ProtagonistInnen verschiedener **Parteien**, der **Gewerkschafts- und der Frauenbewegung** zusammen. In ihrem **Reisebericht** fasst sie ihre Eindrücke zusammen und kontextualisiert sie mit einem kurzen Abriss der jüngeren Geschichte Tunesiens.

Paul Matticks jüngst auf Deutsch erschienenen Buch **»Business as usual«** unterzieht die Krise sowie neoliberale und keynesianische Krisenpolitiken einer kritischen und marxistisch geprägten Betrachtung. **Ludwig Dvořák** hat das in der Gegenwart **außergewöhnliche Buch** für die ZUKUNFT ebenso **kritisch begutachtet**.

Nach den **Buchtipps** rundet **Helene Schubert** mit ihrem **Schlusswort** ab.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

Inhalt



EVA LEITOLF

GEBOREN/BORN: 1966, WÜRZBURG, DEUTSCHLAND. LEBT/LIVES: MÜNCHEN/BAYR. WALD
PLAYA DE LOS LANCES, TARIFA, SPANIEN, 2009

AUS DER SERIE / FROM THE SERIES: »POSTCARDS FROM EUROPE«

© COURTESY GALERIE POLARIS, PARIS, WWW.EVALEITOLF.DE

6 ACTA – noch vor dem Sommer vor dem Aus?

VON JÖRG LEICHTFRIED

12 Zwei Wahlen, die Europa ändern sollten

VON LUDWIG DVOŘÁK

**20 Auf gutem Weg zu einer vernünftigen
Gesundheitsreform**

V

**26 Tunesien – eine Revolution
und zwei Konterrevolutionen**

VON MUNA DUZDAR

36 Ein anderer Blick auf die Krise

VON LUDWIG DVOŘÁK

40 Buchtipps

Sachliches & Belletristisches

42 Von Austerität zu Wachstum

SCHLUSSWORT VON HELENE SCHUBERTH

ACTA – noch vor dem Sommer vor dem Aus?

Zigtausende, vor allem Jugendliche, demonstrierten in den letzten Monaten gegen das Abkommen zur Bekämpfung von Produktpiraterie ACTA. Jörg Leichtfried, Delegationsleiter der SPÖ-Abgeordneten im EU-Parlament, erklärt demokratiepolitische und datenschutzrechtliche Probleme des Abkommens und Gründe für die bevorstehende Ablehnung im EU-Parlament.

Das »Anti-Counterfeiting Trade Agreement«, kurz ACTA, lässt die Wogen hochgehen. PolitikerInnen werden mit Protestmails bombardiert, in vielen Städten Europas finden Demonstrationen gegen das Abkommen statt und werden Internetkampagnen lanciert. Die Gegner des Abkommens sehen Gefahren für den Datenschutz, Gefahren für den Zugang zu Meinungsfreiheit und Kultur, Hindernisse für Innovationen und mangelnde Rechtssicherheit. Die Protestbewegung ist vielfältig: Von jungen InternetnutzerInnen, die Angst vor Kriminalisierung haben, sollten sie das falsche File downloaden, über DatenschutzexpertenInnen bis hin zu Künstlerinnen und Künstlern erstreckt sich die Ablehnungsfront. Doch was steckt wirklich hinter dem Abkommen, ist die Kritik gerechtfertigt oder ist alles nur ein Sturm im Wasserglas?

GESCHICHTE UND MOTIVE

Die Geschichte von ACTA reicht in das Jahr 2006 zurück. Am Rande des G8-Gipfels in St. Petersburg begannen die ersten Vorgespräche zwischen den USA und Japan. Im Juni 2008 wurden die Verhandlungen zu ACTA eingeleitet, neben der Europäischen Union beteiligten sich zehn weitere Länder (Australien, Kanada, Japan, Korea, Mexiko, Marokko, Neuseeland, Singapur, Schweiz und die USA). Insgesamt gab es 11 Verhandlungsrunden, die letzte fand am 2. Oktober 2010 in Sydney statt, die teilnehmenden Unterhändler erstellten eine konsolidierte und weitgehend fertige Fassung des Abkommens. Das zwischenstaatliche Handelsabkommen soll dazu dienen, geistiges Eigentum und Urheberrechte besser zu schützen. Dies bezieht sich einerseits auf die Produkt- und Markenpiraterie, wie etwa gefälschte Kleidung, Elektronikartikel oder auch Medikamente, aber auch auf Inhalte die via Internet verbreitet

werden. ACTA ist hingegen nicht dazu gedacht, Urheberrechte oder Markenrechte neu zu definieren, es geht vielmehr darum, diese Rechte besser durchsetzen zu können. Festgeschrieben sind diese Rechte im sogenannten TRIPS-Abkommen (Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums), das von der WTO ausverhandelt und von allen EU-Staaten unterzeichnet wurde.

Es ist unumstritten, dass geistiges Eigentum und Innovation geschützt werden müssen und dass der Produktpiraterie der Kampf angesagt werden muss. Daher steht es außer Frage, dass Regelungen erforderlich sind, um die Rechte jener Menschen und Unternehmen zu wahren, die mit ihren Erfindungen und Innovationen zum wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt beitragen. Trotz allem bereitet ACTA Unbehagen, auch von politischer Seite werden mittlerweile die Gegenstimmen immer lauter. Am 26. Jänner 2012 haben 22 EU-Regierungen sowie Vertreter der Europäischen Kommission das Abkommen in Tokio unterschrieben, darunter auch Österreich. Deutschland, Estland, die Niederlande, die Slowakei und Zypern haben sich neben Mexiko und der Schweiz bisher noch nicht für die Unterzeichnung entschieden. Nun ist das Europäische Parlament an der Reihe, sich mit dem Abkommen zu befassen. Seit dem Vertrag von Lissabon hat das EU-Parlament das Recht, ein Veto gegen internationale Verträge einzulegen, eine Veränderung des Textes durch das Parlament ist jedoch nicht möglich.

DISKUSSIONEN AUF EUROPÄISCHER EBENE

Das EU-Parlament war jedoch auch in den vergangenen Jahren nicht untätig, was ACTA betrifft, auch wenn der Handlungsspielraum extrem eingeschränkt war. So war es uns EU-Parla-

mentarierInnen lange Zeit nicht möglich, Einblick in die Verhandlungsdokumente zu erhalten, während US-Unternehmen nach Unterzeichnung einer Verschwiegenheitsklausel Einblick nehmen durften. Auf diesen Missstand hat das EU-Parlament mehrmals aufmerksam gemacht. So wurde bereits im März 2009 die Kommission mittels eines Entschließungsantrages aufgefordert, alle Dokumente zu den ACTA-Verhandlungen zu veröffentlichen und im März 2010 beklagte das EU-Parlament erneut den undurchsichtigen Verhandlungsprozess. Erst vor kurzem hat die Kommission ein Einsehen gehabt und die verlangten Dokumente vorgelegt.

Diese Geheimhaltungspolitik gegenüber EU-Parlament, aber auch der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) und der WTO, ist skandalös und demokratiefeindlich und macht es schwer, dem Abkommen Vertrauen entgegenzubringen. Um auf die Missstände aufmerksam zu machen, hat auch der Berichterstatter des EU-Parlaments, Kader Arif, ein französischer Sozialdemokrat, Anfang Jänner Konsequenzen gezogen und sein Mandat als Berichterstatter für ACTA zurückgelegt. Mittlerweile behandelt der Brite David Martin, ebenfalls der sozialdemokratischen Fraktion zugehörig, das Dossier im EU-Parlament.

Der Proteststurm von Seiten der Bevölkerung, aber auch von Teilen des EU-Parlaments, hat Bewegung bei der EU-Kommission ausgelöst. Man hat sich im Februar dafür entschieden, ACTA beim Gerichtshof der Europäischen Union überprüfen zu lassen. Der EuGH soll feststellen, ob das Abkommen mit dem Gesetzeswerk der EU konform geht. Eine scheinheilige Vorgehensweise, denn der EuGH-Entscheid, egal ob er positiv oder negativ ausfallen sollte, kann nicht die politische Debatte rund um ACTA ersetzen, der sich die Kommission durch das Abwälzen auf den EuGH offenbar entziehen will. Darüber hinaus hat sich der zuständige Handelskommissar Karel de Gucht erhofft, die Abstimmung im EU-Parlament dadurch verzögern zu können. Im Europäischen Parlament hat das Vorgehen der Kommission heftige Debatten ausge-

löst: Soll man den Entscheid des EuGH abwarten und somit die Abstimmung zu ACTA auf einen späteren Zeitpunkt vertagen oder soll man den Zeitplan wie vorgesehen einhalten und das Abkommen sobald als möglich dem Plenum zur Abstimmung vorlegen? Der Ausschuss für Internationalen Handel, jener Ausschuss, der das Abkommen federführend behandelt, hat der Kommission ein eindeutiges Signal gesendet und jede Aufschiebung der Abstimmung abgelehnt. Dennoch ist der ursprüngliche Zeitplan, der ein Votum des Europäischen Parlaments noch vor dem Sommer vorgesehen hat, in Gefahr. Im beratenden Rechtsausschuss haben die Abgeordneten der Europäischen Volkspartei die Vertagung einer Abstimmung erwirkt. Entscheidet der Rechtsausschuss erst Ende Mai über seine Stellungnahme zu ACTA, dann ist fraglich, ob noch vor dem Sommer das Plenum die Möglichkeit hat, zu entscheiden.

PROBLEME VON ACTA

Während die Konservativen sich in Sachen ACTA noch immer bedeckt halten, haben die SozialdemokratInnen im EU-Parlament bereits eindeutig Stellung bezogen und angekündigt, das Abkommen in jedem Fall ablehnen zu wollen. Die Gründe dafür sind vielfältig: Zum einen beteiligen sich Länder wie China oder Indien nicht am Abkommen. Genau diese Staaten sind es aber, die in der Vergangenheit wenig gegen Produktpiraterie unternommen haben. Selbst die Kommission gibt an, dass im Jahr 2010 von den 103 Millionen gefälschten Markenprodukten, die an der EU-Außengrenze sichergestellt wurden, 85 Prozent aus China stammen.

Ebenso werden die Grundrechte bedroht. Durch ACTA werden Internetprovider gezwungen, ihre BenutzerInnen zu überwachen. Im Zweifel kann dann InternetbenutzerInnen der Zugang ohne behördliche Genehmigung gesperrt werden. Ein Umstand, der eines Rechtsstaats nicht würdig ist. Darüber hinaus wären die Provider angehalten, die Daten ihrer NutzerInnen weiterzugeben, sollte ein Verdacht auf Urheberrechtsverletzungen bestehen. In den vergangenen Jahren hat es immer wieder aufsehenerregende Urteile – zugegebenermaßen


aus den USA – gegeben, die Existenzen von teils jungen Menschen zerstörten. Der Grund: illegaler Download von Musik oder Filmen. Diese Kriminalisierung von Jugendlichen kann in Europa nicht akzeptiert werden, es müssen andere Mittel und Wege gefunden werden, um einerseits den KünstlerInnen gerecht zu werden und andererseits einen möglichst breiten Zugang zu Kunst und Kultur zu gewährleisten.

Insgesamt braucht es eine hohe Sensibilität, wenn es um Regelungen geht, die den freien Zugang zum Internet in irgendeiner Weise einschränken könnten. Im arabischen Frühling hat das Internet eine maßgebliche Rolle gespielt, die Bürgerinnen und Bürger hatten die Möglichkeit, den Protest zu organisieren und auch für die BeobachterInnen von außen waren die über das Internet verbreiteten Inhalte ein wichtiger Faktor, um sich ein umfassendes Bild über die Geschehnisse machen zu können.

URHEBERRECHTE

Unsicher sind auch die Auswirkungen auf die Verbreitung von Generika. Es wird befürchtet, dass vor allem in Entwicklungsländern der Zugang zu günstigen Medikamenten durch das Anti-Piraterie-Abkommen erschwert wird. Es wird nicht zwischen betrügerischen Markenfälschungen und Generika unterschieden. Der Zoll hat die Möglichkeit, bei Verdacht auf Fälschung notwendige Medikamente zurückzuhalten und den Weitertransport zu verhindern. Organisationen wie »Ärzte ohne Grenzen« kritisieren ACTA, da sie befürchten, dass dadurch wichtige Medikamente zur Bekämpfung von HIV und Aids den BewohnerInnen der ärmsten Staaten der Welt vorenthalten werden.

Auch ist die Debatte um die Reform des Urheberrechts in der Europäischen Union nicht abgeschlossen, dieses wird derzeit verhandelt. Tritt ACTA in Kraft, dann müsste dies in die Diskussion um das neue Urheberrecht einfließen; der Handlungsspielraum, was neue Regelungen betrifft, wäre somit eingeschränkt.

Wie es nun mit ACTA auf Parlamentsebene weitergeht, bleibt spannend. Trotz der Verzögerungstaktik von Teilen der Konservativen kristallisiert sich zunehmend heraus, dass eine Mehrheit der EU-Abgeordneten gegen das Abkommen stimmen wird. Ob dies noch vor dem Sommer der Fall sein wird, bleibt offen. Aber es ist realistisch, dass das EU-Parlament dafür Sorge tragen wird, dass das Anti-Piraterie-Abkommen nicht zum Einsatz kommen wird. 

JÖRG LEICHTFRIED

ist EU-Parlamentarier und Leiter
der SPÖ-Delegation im EU-Parlament.

SIMON NORFOLK

GEBOREN/BORN: 1963, LAGOS, NIGERIA. LEBT/LIVES: BRIGHTON

FORMER TEAHOUSE, 2001

© SIMON NORFOLK/NB PICTURES

WWW.SIMONNORFOLK.COM



KATHRIN GÜNTER

GEBOREN/BORN: 1971, LÜCHOW DANNENBERG, DEUTSCHLAND. LEBT/LIVES: BERLIN
UNTITLED, 2007 | AUS DER SERIE / FROM THE SERIES: STAR SHOTS 2
© COURTESY THE ARTIST, WWW.FOTOKATIE.COM





RAY 2012

Fotografieprojekte Frankfurt/RheinMain

Bis Oktober 2012 präsentiert RAY Fotografieprojekte in Frankfurt/Rhein-Main herausragende, internationale Positionen der zeitgenössischen Fotografie und Videokunst. RAY besteht aus einer über drei zentrale Standorte verteilten Hauptausstellung in Frankfurt sowie zahlreichen Partnerausstellungen und -projekten in Frankfurt und der Region. 2012 steht das Thema ZEIT im Vordergrund und wird in zahlreichen Ausstellungen, Vorträgen und Workshops beleuchtet.

RAY repräsentiert den Sammlungsreichtum und die Kompetenz zum Schwerpunkt Fotografie in Frankfurt und im Rhein-Main-Gebiet und wird in Zukunft in mehrjährigem Turnus im Kulturkalender zu finden sein.

Mit einem der aktuellen Schwerpunkt-Projekte Transformator der Moderne setzt sich der Kulturfonds Frankfurt RheinMain erstmals mit dem Thema Fotografie auseinander. In diesem Rahmen findet auch RAY 2012 Fotografieprojekte Frankfurt/RheinMain statt. Phänomen Expressionismus war das erste Schwerpunkt-Projekt der Jahre 2009 bis 2012.

Kulturfonds Frankfurt RheinMain
Ludwig-Erhard-Anlage 1-5, 61352 Bad Homburg
► www.ray2012.de

Zwei Wahlen, die Europa ändern sollten

Die Wahl François Hollandes zum Präsidenten der französischen Republik ist ein möglicher Punkt für eine politische Wende, die – wie auch das griechische Wahlergebnis zeigt – dringend notwendig ist. Gestärkt durch den Sieg der französischen SozialistInnen hat die europäische Sozialdemokratie die Chance, die Konfrontation mit Merkels Politik, mit Sparwahn und Fiskalpakt zu wagen. Andernfalls könnte sie sehr bald hilflos zusehen müssen und mitverantwortlich sein, wenn Europa in der Rezession versinkt und radikalisierte Neoliberale den Sozialstaat liquidieren wollen.

Die Wahl des neuen französischen Präsidenten war zweifellos vom Wunsch der WählerInnen geprägt, den bisherigen Präsidenten seinem wohlverdienten politischen Ende zuzuführen. Nicolas Sarkozy ist nach Valéry Giscard d'Estaing erst der zweite französische Staatspräsident, dem es gelingt, unpopulär genug zu sein, um aus dem Amt gewählt zu werden. Die französischen Präsidentschaftswahlen sind aber auch ein klares Votum gegen die bisherige Krisenpolitik in Europa und ihre sozialen Folgen. Das zeigt sich nicht nur im bedauerlichen Rekordergebnis des rechtsextremen Front National, der viele ProtestwählerInnen mobilisieren konnte, oder im starken Abschneiden des kämpferischen Kandidaten des Front de Gauche, Jean-Luc Mélenchon, im ersten Wahlgang. Hollande selbst hatte in seinem Wahlprogramm die Neuverhandlung des Fiskalpakts zu seiner zentralen und vieldiskutierten europapolitischen Forderung gemacht: Dieser Vertrag müsse neu verhandelt werden, um die bisherige Austeritätspolitik zu überwinden, die Wachstum und Beschäftigung in Europa verhindere. Die Wahl des sozialistischen Präsidentschaftskandidaten war somit auch ein Votum über den wirtschaftspolitischen Kurs, den Europas Staats- und Regierungschefs bisher verfolgt haben.

Das gilt noch viel mehr für das Ergebnis der griechischen Parlamentswahlen vom 6. Mai: Die beiden etablierten und zuletzt an der Regierung beteiligten Großparteien, die Panhellenische Sozialistische Bewegung (PASOK) und die konservative »Neue Demokratie« (ND), die 2009 zusammen 77,5% der Stimmen auf sich vereinten, wurden regelrecht aufgerieben. Sie verfügen nach dem Wahlgang vom 6. Mai

zusammen nicht einmal mehr über ein Drittel der Stimmen, sie haben zusammen unfassbare 45 (!) Prozentpunkte verloren. Trotz des »mehrheitsfördernden« Wahlrechts, das der knapp stimmenstärksten ND nochmal so viele Mandate zugesteht, als sie nach ihrem Stimmanteil erhalten hätte, gilt eine erfolgreiche Regierungsbildung zu Redaktionsschluss als äußerst unwahrscheinlich. Weder die rechte noch die linke Opposition scheint gewillt, die von EU und IWF geforderten und von der scheidenden griechischen Regierung zugesagten weiter verschärften Sparmaßnahmen mitzutragen.

»IF VOTING CHANGED ANYTHING, IT WOULD BE ILLEGAL«?

Die ersten Reaktionen der deutschen Regierung, der EZB und ihrer Vasallen, fiel reichlich ungerührt aus. Hollande, so der Tenor in den deutschen Medien, werde jetzt, da er Präsident sei, schon »zur Vernunft« kommen, was wohl bedeuten soll, dass er sein Wahlprogramm über Bord werfen und einfach weitermachen möge, wo Merkozy aufgehört haben. Während man dem französischen Partner gegenüber zumindest die Höflichkeit wahrt, wird Griechenland klarer kommuniziert, was man eigentlich auch den Französisinnen und Franzosen vermitteln will. Als Reaktion auf das Wahl-Waterloo vom 6. Mai, teilten Europas Staatskanzleien mit, sie erwarteten nun die Bildung einer Regierung, die die Vereinbarung umsetzen würde, deren Unterzeichnung nicht zuletzt zur Atomisierung der beiden Großparteien des Landes beigetragen haben. In anderen Worten: »Ihr könnt wählen, wen ihr wollt, und die können auch versprechen, was sie wollen, solange sie nach der Wahl eine Regierung bilden, die macht, was wir wollen.«

Die Selbstverständlichkeit, mit der man in Frankreich wie in Griechenland von den eben Gewählten erwartet, dass sie ihren WählerInnen gegenüber im nächsten Moment wortbrüchig werden, sagt viel über den Verfall demokratischer Werte aus. Sie spricht aber auch Bände über die Verachtung für das eigene Wahlvolk. Klar ist, dass selbst wenn, was nicht zu vermuten ist, Hollande dieser Denkweise zugänglich wäre, er vor den wichtigen Parlamentswahlen im Juni sicherlich nicht den Spielraum hätte, von seinen zentralen Wahlkampforderungen abzurücken, ohne gleich zu Beginn seiner Amtszeit politischen Selbstmord zu begehen.

ZUCKERBROT UND PEITSCHEN

Auch wenn die Botschaft Deutschlands und seiner Vasallen an Frankreich und Griechenland im Grunde die gleiche ist (»Wir machen weiter wie bisher!«), wird sie doch dem wirtschafts- und machtpolitischen Gefälle entsprechend in unterschiedlichen Tonarten transportiert: Um Hollandes Forderungen nach einer wachstumsorientierten Politik rhetorisch entgegenzukommen, haben die neoliberalen Hardliner, von EZB-Chef Mario Draghi bis zum deutschen Außenminister Guido Westerwelle, einige Tage vor dem nicht mehr abwendbaren Sieg des Sozialisten begonnen, das Wirtschaftswachstum für sich zu entdecken: Für Ende Mai berief EU-Ratspräsident van Rompuy einen Sondergipfel ein, wo man auf einmal ein Papier beschließen möchte, in dem sich alle Staats- und Regierungschefs versichern, dass diese Idee mit dem Wachstum im Prinzip eigentlich gar keine schlechte Sache sei.

Zwar ist das für Hollandes Wahlversprechen inhaltlich noch keineswegs der entscheidende Durchbruch, es ist aber doch deutlich mehr, als Griechenland zugestanden wird: Denn während man Hollande zumindest verbal entgegenkommt, markiert man Griechenland gegenüber den unerbittlichen Zuchtmeister: Finde sich keine Regierung, die das europäische Spardiktat umsetze, werde die Hilfe gekappt und Griechenland aus dem Euro-Raum geworfen, deuteten in den Tagen nach der Wahl EZB-Direktoriumsmitglieder und

der deutsche Finanzminister Schäuble an. Dass das nicht so einfach wäre, wie es dahin gesagt wird, sollte eigentlich allen Beteiligten klar sein.

Eine Staatspleite Griechenlands wäre für das Land sicherlich ein schwerer Schlag, für den Rest Europas allerdings auch. Zum einen würden die bereits übernommenen staatlichen Kredithaftungen in Milliardenhöhe schlagend werden. Wegen des drohenden Glaubwürdigkeitsverlustes der Eurozone kündigte die Ratingagentur Fitch zudem prompt an, bei einem Ausscheiden Griechenlands aus der Währungsunion die Bonität anderer Euro-Länder herabzustufen¹, womit sich eine drohende Kettenreaktion in Europa andeutet.

Die Drohgebärden sind daher ein Vabanque-Spiel mit ungewissem Ausgang und dienen wohl eher einem anderen Zweck: Genügend Druck aufzubauen, um die GriechInnen bei anstehenden Neuwahlen zu einem gewünschten Wahlergebnis zu nötigen.

EIN ERGÄNZENDER WACHSTUMSPAKT?

Ein sanfteres Manöver dieser Art ist zumindest in Frankreich schief gegangen: Dass sich Angela Merkel weigerte, den sozialistischen Präsidentschaftskandidaten vor den Wahlen zu treffen und das Sarkozy-Lager drohte, die Finanzmärkte seien bitterböse, wenn Hollande zum Präsidenten gewählt würde, konnte die französischen WählerInnen nicht einschüchtern.

Am Fiskalpakt ändern will man deshalb aber noch lange nichts. Das deutsche EZB-Direktoriumsmitglied Jörg Asmussen brachte in einem Zeitungsinterview ganz gut auf den Punkt, wie selbst die Forderung nach Wachstumsmaßnahmen neoliberal gewendet werden kann und wie ein »ergänzender Wachstumspakt« aussehen könnte: »Es muss klar sein, dass der Fiskalpakt – um ein Wachstumselement ergänzt – in seiner Substanz nicht geschwächt wird. Diese Ergänzung ist kein Kurswechsel... Es geht zuerst einmal um Strukturreformen, dass wir z. B. den Binnenmarkt bei den Dienstleistungen voll-

2. <http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/geldpolitik/joergasmussen-das-schlimmste-der-krise-ist-tatsaechlich-vorbei/6608944-3.html>
3. <http://oe1.orf.at/artikel/305500>
4. <http://www.afp.com/de/node/116136>
5. <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&plugin=1&language=de&pcode=tsiebo20>

enden..., der zweite Teil sind Reformen des Arbeitsmarkts nach dem Muster der Agenda 2010...., eine größere Mobilität von Arbeitskräften in der Währungsunion wäre sinnvoll.« Der Wachstumspakt Marke Merkel bedeutet also eine Verschärfung der Liberalisierung, die Deregulierung der Arbeitsmärkte und die Aushöhlung der Tarifverträge. Investitionsprogramme seien nur insoweit akzeptabel, als sie durch Umschichtungen der EU-Budgets aufgebracht würden, also möglichst ohne nennenswerte zusätzliche Mittel.²

DER FISKALPAKT IST PROBLEM, NICHT LÖSUNG

Wachstumsimpulse sollen also primär von angebotsseitigen Maßnahmen herrühren – eine Strategie, die ganz maßgeblich zu den gravierenden ökonomischen Ungleichgewichten geführt haben, die eigentlicher Hintergrund der aktuellen Krise sind. Es war nicht zuletzt die Lohndumping-Strategie der Agenda 2010, die Deutschlands Handelsüberschüsse zu Lasten des Südens ständig weiter erhöht hat, um den Preis massiv wachsender sozialer Ungleichheit in Deutschland. Was Deutschland sozial ungerechter gemacht hat, die Binnennachfrage geschwächt und die europäischen Partner ökonomisch ruiniert hat, soll nun zum »Wachstumspakt« erklärt und auf europäische Ebene gehoben werden.

Eine neue schönfärberische Parole, die leider auch in Reihen unserer Regierungsmitglieder Eingang findet, hat zuletzt Wilhelm Molterer, nunmehr Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank, ausgesprochen: »Die EU muss weiter sparen und trotzdem investieren.«³ lautet die neue Standardfloskel. Es erinnert an die Quadratur des Kreises: Der Fiskalpakt begrenzt nicht nur die Neuverschuldung der Vertragsstaaten mit 0,5% des BIP, er verpflichtet sie auch, jedes Jahr die Schuldenquote (Staatsschulden in Prozent des BIP) um ein Zwanzigstel der Differenz zwischen aktueller Schuldenquote und 60% des BIP zu senken. Italien müsste seine Schuldenquote jedes Jahr um 3% des BIP senken, Spanien um 1,5%, Deutschland um 1,2%, Österreich um 0,7%. Dies erfordert einen scharfen, gleichzeitig in ganz Europa stattfindenden Konsolidierungskurs, der

das Wachstum bremsen wird. Bei stagnierendem oder gar sinkendem BIP erhöht sich aber die automatisch die Schuldenquote und erfordert noch schärfere Sparmaßnahmen.

Der Fiskalpakt würgt damit die budgetären Spielräume der Staaten und das Wirtschaftswachstum ab – ganz abgesehen von der Entmachtung der nationalen und europäischen Parlamente zu Gunsten der Kommission und der Staats- und Regierungschefs im Rat. Die Aufforderung, gleichzeitig zu sparen und zu investieren, ist angesichts dieser Rahmenbedingungen ungefähr so logisch wie der Appell, im selben Moment ein- und auszuatmen. Es ist schlicht nicht möglich.

Völlig zutreffend analysierte der Sprecher der französischen SozialistInnen, Benoit Hamon, im Vorfeld des ersten Treffens zwischen Hollande und Merkel, dass die Sparpolitik, auf die der Fiskalpakt setze, im Falle Griechenlands »zum Scheitern geführt« habe und sich jetzt die Krise »in Spanien, in Portugal, in ganz Europa« ausbreite. Deshalb müsse »Schluss sein mit dem Sparen«.⁴ Wer die Budgets konsolidieren und gleichzeitig investieren möchte, der muss sich Hollandes Forderung nach einer Neuverhandlung des Fiskalpakts vollinhaltlich anschließen. Das Beispiel Griechenland belegt das Scheitern der bisherigen Politik tatsächlich sehr eindrucksvoll: Das Land befindet sich das fünfte Jahr in Folge in der Rezession, seine Wirtschaft schrumpfte im Vorjahr um 6,9% des BIP und wird heuer abermals um 4,7% schrumpfen.⁵ Massenentlassungen und radikale Lohnkürzungen stehen auf der Tagesordnung. Wen wundert es, dass dieses Land den von EU und IWF verordneten Kurs nicht ertragen kann?

EINE RADIKALISIERUNG DES RECHTEN LAGERS

Dem designierten Chef des Instituts für Höhere Studien geht die Verelendung breiter Teile der griechischen Bevölkerung aber noch immer nicht schnell genug, um die »Wettbewerbsfähigkeit« ausreichend zu steigern: Bei der Krisenbewältigung komme es »auf die Schmerzgrenze der Bevölkerung an«. Die Löhne müssten noch schneller und noch stärker runter. Dafür

6. http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/757281/IHSChef_Problemlaender-muessen-Loehne-schnell-senken?from=suche.intern.portal
7. <http://www.misik.at/sonstige/die-weisheit-der-griechischen-und-franzosischen-wahler.php#more>
8. <http://www.guardian.co.uk/politics/2012/mar/19/david-cameron-sell-off-roads?intcmp=239>

müsse man den Banken frisches Geld geben, weil diese aufgrund der Verarmung der Bevölkerung ihre Kredite nicht zurückbekommen würden.⁶ Dass sich die Wettbewerbsfähigkeit der südlichen Länder auch erhöhen würde, wenn Deutschland und Österreich (und andere Länder mit chronischen Leistungsbilanzüberschüssen) die Einkommen ihrer eigenen ArbeitnehmerInnen endlich deutlich erhöhen würden, bleibt ausgeblendet.

Die Hoffnung, dass die Neoliberalen ihr wirtschaftspolitisches Scheitern angesichts der schweren Wirtschaftskrise ab 2008 anerkennen würden, bewahrheitet sich also nicht. Im Gegenteil: Nicht nur, dass – um es mit den Worten von Robert Misik zu sagen – »die Protagonisten der neoliberalen Kamikaze-Politik ... nicht so einfach abrücken von ihren Voodoo-Ideen von der ›Genesung durch Leiden‹,⁷ sie deuten in den letzten Wochen und Monaten sogar eine kräftige Verschärfung ihres Kurses an. EZB-Chef Mario Draghi erklärte das so genannte »europäische Sozialmodell« kurzerhand für obsolet. Der britische Premierminister David Cameron, dessen Kürzungspakete heftige Streiks provozieren und dessen Land noch immer unter den katastrophalen Folgen der Eisenbahn-Privatisierung leidet, erklärte die Privatisierung des Straßennetzes zur nächsten Priorität seiner Regierung.⁸ Und nicht zuletzt ist die zentrale Antwort Europas auf eine Krise neoliberaler Politik der eiserne Sparkurs in Form des Fiskalpakts.

Die Wahlen in Frankreich und Griechenland haben nicht nur die Unzufriedenheit mit der neoliberalen europäischen Politik gezeigt, sie offenbaren auch eine demokratiepolitisch bedenkliche Radikalisierung des rechten Lagers. Zum einen treibt die Politik der sozialen Verelendung rechtsextremen Parteien die WählerInnen in die Arme, deren Gewicht dadurch wächst: Dass Marine Le Pen für den Front National das beste Ergebnis aller Zeiten holte, ist ein dramatisches Alarmsignal, ebenso wie der Einzug einer offen faschistischen Partei ins griechische Parlament. Ein nicht geringeres Alarmsignal ist aber auch die teilweise Übernahme der rechtsextremen

Politiken durch konservative Parteien. Dass ab dem Abend des ersten Wahldurchgangs in Frankreich kein Tag verging, in der nicht ein Sarkozy-Vertrauter, von Premierminister Fillon abwärts, einen Kniefall vor den WählerInnen Le Pens und ihren zentralen Wahlkampfthemen machte, ist äußerst beunruhigend. Es markiert auch in Frankreich einen drohenden Bruch der historischen Abgrenzung des bürgerlich-rechten vom rechtsextremen Spektrum, wie er in Italien, Dänemark, den Niederlanden, aber auch in Österreich bereits in der einen oder anderen Form vorkommt. Die Normalisierung dieses Gedankenguts stellt eine weitere Herausforderung für das demokratische System dar.

CHANCE FÜR DIE SOZIALDEMOKRATIE

Europas Sozialdemokratie hat die Wirtschaftskrise und ihre Folgen bislang in keiner Weise nutzen können – im Gegenteil. Sie hat es auch dort, wo sie an Regierungen beteiligt ist oder sie gar führt, verabsäumt, die krisengeschüttelten und -verursachenden Banken zu zerschlagen, zu regulieren und sie unter wirksame öffentliche Kontrolle zu stellen. Es ist ihr nicht gelungen, die Finanzmärkte wirksam zu regulieren. Sie hat das größte Bankenrettungspaket der Geschichte nicht mit einer effizienten und umfassenden Besteuerung von Gewinnen und Vermögen verknüpft, um so für die Kosten der Krise aufzukommen. Und sie ist auf Ebene der europäischen Regierungschefs praktisch einer von Deutschland forcierten Austeritätspolitik blind gefolgt, deren jüngstes Ergebnis der Fiskalpakt war.

Sie hat es bisher mit schweren Niederlagen in den besonders krisengeschüttelten Ländern des Südens bezahlt. Die Wahl Hollandes auf Grundlage eines wirtschaftspolitisch vernünftigen Ansatzes bietet die Chance, auf einen erfolgreicheren europäischen Kurs umzuschwenken. In der deutschen SPD beginnt nun unter dem Eindruck Hollandes Wahlerfolg ein Diskussionsprozess über eine Schärfung der Oppositionspolitik. Ein zentraler Bestandteil dessen wäre, dem Fiskalpakt in seiner jetzigen Form die im deutschen Bundestag notwendige


2/3-Mehrheit zu verweigern und damit Frankreichs Position für die Forderung nach einer Neuverhandlung zu stärken. In einem ersten Schritt hat die SPD den Zeitplan im Bundestag nach hinten verschoben und eine Abstimmung noch im Mai verhindert.

NICHT RATIFIZIEREN

Diese von der SPD übernommene Verantwortung sollte umso mehr in den Ländern wahrgenommen werden, in denen die Sozialdemokratie an der Regierung beteiligt ist, oder sie wie in Österreich, sogar führt. Den Fiskalpakt für sakrosankt zu erklären, um sich gleichzeitig in Boulevardmedien für ein sozialeres Europa abfeiern zu lassen, für das man Hollande öffentlich isoliert kämpfen lässt, greift zu kurz. Jetzt ist der Moment gekommen, in die Offensive zu gehen und die katastrophale Sparpolitik, die Europa in die Rezession zu stürzen droht, zu beenden. Dies ist umso notwendiger, als die Rhetorik der politischen Rechten keinen Zweifel daran aufkommen lässt, dass sich ihre gegen die ArbeitnehmerInnen gerichteten Maßnahmen in den nächsten Jahren noch wesentlich verschärfen werden, wenn es nicht gelingt, andere wirtschaftspolitische Pflöcke einzuschlagen.

Es ist daher unabdingbar, den Fiskalpakt in Österreich vorläufig nicht zu ratifizieren und sich stattdessen, im Sinne Hollandes, für die Neuverhandlung des Paktes stark zu machen. Wohlgemerkt: Für eine Neuverhandlung des Fiskalpakts und nicht für einen Wachstumspakt im Sinne Asmussens, der die für die deutsche Sozialdemokratie und die Gewerkschaften ruinöse Agenda 2010 auf ganz Europa übertragen würde. Andernfalls werden auch in Österreich die ArbeitnehmerInnen und die Sozialdemokratie als Partei die Rechnung für das neoliberale Fiskalprojekt bezahlen.

François Hollande tut das Richtige, wenn er für seine Positionen kämpft. Die Verantwortung für seinen Erfolg liegt nicht nur bei ihm, sondern vor allem auch bei den anderen SozialdemokratInnen Europas. Ob sich mit seiner Wahl daher

etwas in Europa ändern wird, wissen wir noch nicht. Dass sich dringend etwas ändern müsste, hingegen schon. 

ELODIE PONG

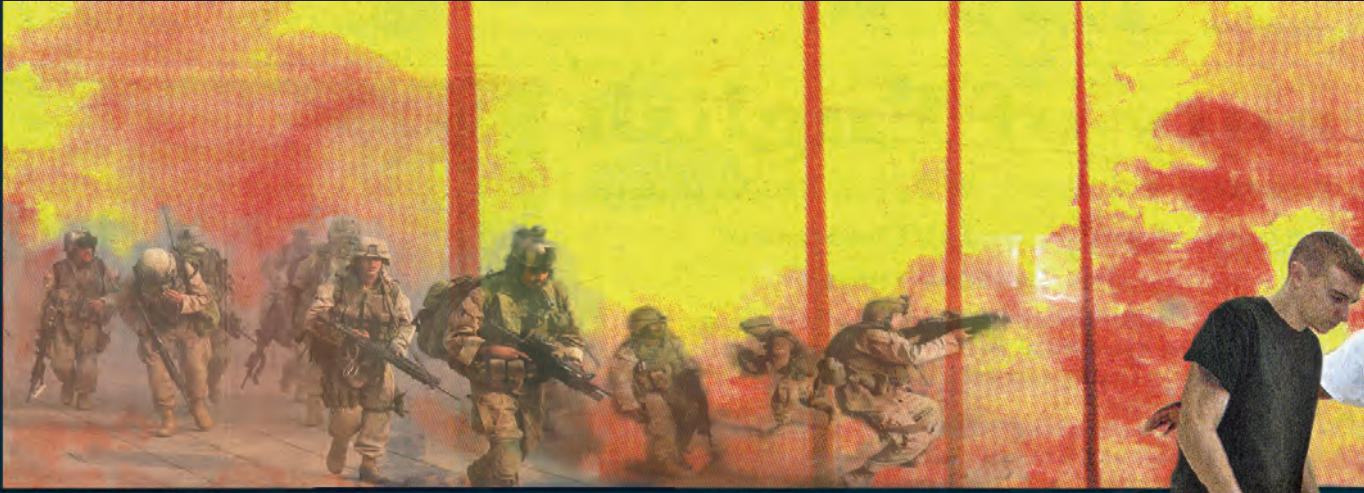
GEBOREN/BORN: 1966, BOSTON, USA. LEBT/LIVES: ZÜRICH

AFTER THE EMPIRE (VIDEOSTILL), (ELVIS), 2008

© COURTESY OF THE ARTIST & FREYMOND-GUTH FINE ARTS, ZÜRICH

WWW.ELODIEPONG.NET







MARTHA ROSLER

GEBOREN/BORN: 1943, NEW YORK, USA. LEBT/LIVES: NEW YORK

HOUSE BEAUTIFUL, NEW SERIES, 2008

UNTITLED, 2007 | AUS DER SERIE / FROM THE SERIES: »BRINGING THE WAR HOME«

WWW.MARTHAROSLER.NET

Auf gutem Weg zu einer vernünftigen Gesundheitsreform

Eine »Gesundheitsreform« ist seit Jahren fixer Bestandteil jedes Regierungsprogramms und jedes Konsolidierungspakets. Ingrid Reischl und Andrea Wesenauer skizzieren, worin aus Sicht der Sozialversicherung eine vernünftige Reform zu bestehen hätte.

Aufgrund der medialen Berichterstattung der letzten Monate wäre es nur allzu verständlich, wenn selbst interessierte Beobachter nicht immer ganz nachvollziehen können, wie es um die anstehende Gesundheitsreform steht. Einerseits wird mit einer gewissen Regelmäßigkeit erklärt, dass unsere Gesundheitskosten in den letzten Jahren exorbitant gestiegen sind und weiter steigen werden, obwohl wir doch, nicht zuletzt wegen der Wirtschaftskrise, sparen müssen, und andererseits werden neue Krankenhäuser nur einen Steinwurf entfernt von bestehenden gebaut. Dass die Planungen nur in den seltensten Fällen über Bundesländergrenzen reichen, ist nicht gerade hilfreich.

Riskieren wir einen Blick auf die Fakten. Wie ist es um das österreichische Gesundheitssystem und die Gesundheit der Menschen die in Österreich leben tatsächlich bestellt?

Die österreichischen Gesundheitsausgaben sind mit rund 10,1 Prozent des BIP gleich hoch wie in Kanada, etwas höher als in den Niederlande und Dänemark (9,8 Prozent), etwas niedriger als in Deutschland (10,4 Prozent) und Frankreich (11 Prozent) und deutlich niedriger als in den Vereinigten Staaten (16 Prozent).¹

Die jährliche Wachstumsrate der realen Pro-Kopf-Gesundheitsausgaben zwischen 1997 und 2007 lag mit 2,6 Prozent im unteren Mittelfeld (der OECD-Durchschnitt lag bei 4,1 Prozent) vor Ländern wie Kanada (3,8 Prozent) und Großbritannien (4,9 Prozent), aber hinter Deutschland mit 1,7 Prozent.²

Was die Anzahl der Krankenhausbetten pro 1.000 EinwohnerInnen betrifft, so hatten 2008 nur Japan (13,8) und

Deutschland (8,2) mehr Akutbetten als Österreich (7,7). Dänemark hatte mit 3,5 Betten pro 1.000 Einwohner und Finnland mit 6,5 Betten pro 1.000 EinwohnerInnen vergleichsweise wenige Spitalsbetten.³

Bezogen auf die Ärztedichte hatte Österreich 2007 sowohl eine relativ hohe Dichte an AllgemeinmedizinerInnen (1,5 pro 1.000 Einwohner) wie auch an FachärzteInnen (2,2 pro 1.000 EinwohnerInnen). Deutschland hatte zum Vergleich bei ebenfalls 1,5 AllgemeinmedizinerInnen pro 1.000 EinwohnerInnen nur 2,0 FachärztInnen und Norwegen hatte bei gleicher Facharztdichte nur 0,8 AllgemeinmedizinerInnen pro 1.000 Einwohner.⁴

Von den teuren MRT-Scannern (Magnetresonanztomographen) waren im Jahr 2009 in Österreich 18,4 Geräte pro einer Million EinwohnerInnen in Betrieb, während Kanada mit 8,0, Frankreich mit 6,4 und die Niederlande mit 11,0 Geräten pro einer Million EinwohnerInnen auskamen.⁵

Die Lebenserwartung (bei der Geburt) lag 2009 für Frauen bei 83,2 Jahren und für Männer bei 77,6 Jahren. Wobei die Lebenserwartung für Frauen beispielsweise in Frankreich höher (84,4 Jahre) und in Deutschland (82,8 Jahre) niedriger war. Bei Männern lag die Lebenserwartung etwas niedriger als in Frankreich (77,7 Jahre) und Deutschland (77,8 Jahre).⁶

Was allerdings die gesunden Lebensjahre (bei der Geburt) betrifft, weist Österreich unterdurchschnittliche Werte auf. Bei Frauen lagen diese im Jahr 2007 bei 61,1 Jahren und bei Männern bei nur 58,4 Jahren. Hier schnitt im Jahr 2008 Griechenland mit 65,9 Jahren für Männer und 67,1 Jahren für

1. Gesundheit auf einen Blick 2009, OECD-Indikatoren
2. Gesundheit auf einen Blick 2009, OECD-Indikatoren
3. http://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=HEALTH_REAC
4. Gesundheit auf einen Blick 2009, OECD-Indikatoren
5. http://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=HEALTH_REAC
6. Gesundheit auf einen Blick 2009, OECD-Indikatoren

7. ÖBIG: Das Österreichische Gesundheitswesen im internationalen Vergleich, 2010
8. <http://www.gesundheitsziele-oesterreich.at/information/>
9. Vgl. Dr. Francois van der Linde
10. Vgl. W.-J. Stronegger
11. Vgl. Wilkinson/Picket: Gleichheit ist Glück

Frauen am Besten ab. Gefolgt von Schweden mit 67,5 Jahren für Männer und 66,6 Jahren für Frauen bzw. Großbritannien mit 64,8 Jahren (Männer) und 66,2 Jahren (Frauen).⁷

Der Blick auf die Fakten zeigt uns also, dass wir trotz hoher Ausgaben und verhältnismäßig guter Ausstattung an ÄrztInnen, technischen Geräten und Krankenhausbetten eine eher unterdurchschnittliche (für mitteleuropäische Verhältnisse) Erwartung an gesunden Lebensjahren haben.

Bei genauerer Betrachtung ist das aber weniger paradox, als es auf den ersten Blick scheint. Denn das Gesundheitssystem im engeren Sinn dient seinem Wesen nach ja primär der Versorgung der Kranken. Und diese Funktion sollte bei allen berechtigten Rufen nach mehr wirksamer Prävention keinesfalls gering geschätzt werden, bildet doch der sozial gerechte und faire Zugang zu medizinischer Versorgung eine wesentliche Grundlage für den sozialen Frieden und die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft.

Dennoch: Gesundheit wird eigentlich anderswo produziert als in Arztpraxen und Spitälern.

Das Gesundheitsministerium schreibt dazu auf seiner Homepage zur Findung von Rahmengesundheitszielen (<http://www.gesundheitsziele-oesterreich.at>): »Die Gesundheit der Bevölkerung hängt von vielen Einflussfaktoren ab. Wichtige Einflussfaktoren liegen außerhalb des traditionellen Gesundheitssektors, wie etwa im Bereich der Sozial-, Umwelt-, Arbeitsmarkt-, Verkehrs-, Wirtschafts- oder Bildungspolitik. So tragen zum Beispiel soziale Sicherheit, ein guter Umweltzustand oder der Bildungsstatus wesentlich zur Gesundheit bei.«⁸

Folgende drei Aspekte finden sich in anderen Quellen:

1. Der direkte Einfluss des Gesundheitssystems auf die Gesundheit beträgt zwischen 10 und 15 Prozent.⁹
2. Gesundheit ist eine Frage der Infrastrukturgleichheit,

also nach dem gerechten Zugang für alle zu den Gütern der Gesellschaft.¹⁰

3. Gesellschaften mit einem hohen Grad an Ungleichheit haben durchschnittlich eine geringere Lebenserwartung, die BürgerInnen sind ungesünder, das Bildungsniveau ist niedriger, mehr Menschen haben psychische Erkrankungen, die Kriminalität ist höher.¹¹

Kurz gesagt: Eine gerechte und solidarische Gesellschaft sowie ein hoher Bildungsstatus der Bevölkerung sind die wichtigsten Einflussfaktoren für die Gesundheit der Menschen, die in unserem Land leben.

Und gerade weil Gesundheitspolitik viel mehr ist als bloße Verwaltung des Gesundheitssystems, ist uns als sozialdemokratischen GewerkschafterInnen die Selbstverwaltung in der sozialen Krankenversicherung so wichtig. Denn es ist der Kampf auf allen Ebenen der Gesellschaft für eine gerechtere Verteilung, der eben auch wesentliche Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen in unserem Land hat.

So betrachtet haben Gewerkschaften und ArbeiterInnenbewegung wohl mehr zum Zuwachs an Lebenserwartung und Gesundheit in Österreich beigetragen als der medizinische Sektor.

UNSERE VERANTWORTUNG

Und es ist auch unsere Verantwortung als GewerkschafterInnen und Mitglieder der Selbstverwaltung, dass die soziale Krankenversicherung auf veränderte Bedingungen in der Arbeitswelt und der Gesellschaft Rücksicht nimmt und daraus entstehende Herausforderungen gemeinsam mit anderen AkteurInnen zu lösen versucht. Ebenso ist es unsere Verantwortung, dass die soziale Krankenversicherung im Interesse der Solidargemeinschaft effizient und kostenbewusst agiert.

Deshalb bekennen wir uns zur Selbstverwaltung der sozialen Krankenversicherung und werden auch in Zukunft alle

Versuche, auf das Geld der Versicherten zuzugreifen, vehement abwehren!

DIE GESUNDHEITSREFORM

Aktuell wird unser Gesundheitssystem von zwei wesentlichen Partnern finanziert: Der niedergelassene Bereich – also alle AllgemeinmedizinerInnen und FachärztInnen mit Kassenvertrag, Röntgeninstitute, Labors, Medikamente etc. – wird zur Gänze von der sozialen Krankenversicherung über die Sozialversicherungsbeiträge finanziert. Auch der Spitalsbereich (inkl. der Medikamente, die im Spital verabreicht werden und den Ambulanzen) wird rund zur Hälfte von der Sozialversicherung finanziert, die andere Hälfte stammt von Ländern, Gemeinden und dem Bund. Während die Krankenversicherungen im niedergelassenen Bereich für die Kosten voll verantwortlich sind und auch die Möglichkeit haben, diese zu beeinflussen, haben sie aber keinerlei Steuerungsmöglichkeit bezüglich der finanziellen Entwicklungen im Spitalsbereich. Denn der Finanzierungsbeitrag der Krankenkassen an die Spitäler ist gesetzlich festgelegt, sodass diese rund ein Drittel ihrer gesamten Einnahmen – automatisch wertgesichert – an den Spitalssektor zu überweisen haben.

Bereits seit 2010 gibt es für die Gebietskrankenkassen Finanzziele in den großen Ausgabenbereichen VertragsärztInnen, Institute, PhysiotherapeutInnen, Medikamente, Heilbehelfe/Hilfsmittel und Transportkosten, die bisher jedes Jahr von allen Trägern erreicht wurden. Darüber hinaus wurden die Verwaltungskosten der einzelnen Krankenkassen vom Gesetzgeber gedeckelt und belaufen sich beispielsweise bei der Wiener Gebietskrankenkasse auf 2,5 Prozent der Beitragseinnahmen. Allein für das Jahr 2012 ist für alle Träger der sozialen Krankenversicherung von einem Kostendämpfungsvolumen von 510 Millionen Euro auszugehen. Nach aktuellen Berechnungen des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger wird das Konsolidierungsziel von 1,7 Milliarden Euro im Jahr 2013, um 700 Millionen Euro, mit rund 2,4 Milliarden Euro sogar deutlich übererfüllt.

Obwohl also die soziale Krankenversicherung bereits seit Jahren einem Kostendämpfungspfad folgt, wurde das Leistungsangebot für die Versicherten in wesentlichen Feldern weiterentwickelt und ausgebaut. So wurde beispielsweise 2011 in Wien die kinderspezifische Versorgung in den Bereichen Physiotherapie, Psychotherapie, Logopädie, Ergotherapie etc. um über 22.000 Stunden ausgebaut. In Oberösterreich wurde eine breit angelegte Gesundheitsoffensive mit einem ähnlichen Leistungsausbau sowie eine große Baby-Gesundheitskampagne »Von Anfang an« gestartet.

KOOPERATION

Während die Träger der sozialen Krankenversicherung mit wenigen Ausnahmen gemeinsam und in Übereinstimmung mit dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger, Gesundheitsminister Alois Stöger und Sozialminister Rudolf Hundstorfer ihre Kosten reduzieren und ihre Strategien koordinieren scheint das auf Länderebene nicht immer so problemlos zu funktionieren.

Der Rechnungshof hat beispielsweise mehrfach die fehlende Abstimmung von Spitälern an den Landesgrenzen des Burgenlandes und Niederösterreichs kritisiert. Von einer Koordination mit Wien, die schon aufgrund der Tatsache sinnvoll wäre, dass schwere Fälle oft in den Wiener Schwerpunktspitälern bzw. im AKH behandelt werden, ganz zu schweigen. Aber auch der Bau von zwei verhältnismäßig großen Krankenhäusern in Baden und Mödling mit einer Entfernung von nur 12 Kilometern (Mödling ist außerdem nur 16 km von Wien entfernt) wird vom Rechnungshof massiv kritisiert.

Spitäler müssen aber auch ausgelastet und »finanziert« werden. Diesbezüglich schreibt der Rechnungshof beispielsweise: »Das LK Krems nahm, wie auch einige andere Krankenanstalten in Niederösterreich, im Bereich der CT- und MRT-Leistungen Patienten, die üblicherweise ambulant untersucht werden könnten, als 1-Tages- bzw. 0-Tages-Patienten auf. Damit erzielte das LK Krems durch die kurzfristige Aufnahme von

Patienten Mehreinnahmen von rd. 211.000 EUR. Zudem wurden die Patienten durch die stationäre Aufnahme mit einem täglichen Kostenbeitrag von 10,48 EUR belastet.«¹²

Dieses Beispiel zeigt, dass auch eine relativ hohe Auslastung der Betten eines Krankenhauses nicht zwangsläufig etwas über dessen Notwendigkeit aussagt. Es liegt zu einem nicht unbeträchtlichen Teil in der Hand des jeweiligen Krankenhauses, seine Auslastung selbst zu steuern.

Hier wäre aus Sicht der Sozialversicherung eine ehrliche Diskussion wünschenswert.

Es mag aus Sicht eines Bundeslandes, einer Region oder einer Gemeinde durchaus sinnvoll sein, dass ein Krankenhaus zur Absicherung von Arbeitsplätzen bzw. der regionalen Wirtschaft betrieben wird. Aber diese Entscheidung – unabhängig davon, ob sie arbeitsmarkt- und regionalpolitisch sinnvoll ist oder nicht – hat nur am Rande etwas mit Gesundheitspolitik zu tun. Noch dazu, wo Gesundheitspolitik weit mehr ist als der Bau und Erhalt von Krankenanstalten bzw. medizinischer Versorgung; sondern viel breiter anzusetzen ist (siehe oben).

Damit sind wir im Kern der Debatte um die aktuelle Gesundheitsreform. Als Vertreterinnen der sozialen Krankenversicherung bekennen wir uns zu unserer Verantwortung in der Gesundheitspolitik. Wir sind auch gerne bereit, diese gemeinsam mit den Ländern wahrzunehmen.

Allerdings kann niemand ernsthaft von den Krankenversicherungen erwarten, dass die steigenden Kosten der Spitäler zusätzlich übernommen werden. Hier sind wir unseren BeitragszahlerInnen und Versicherten verpflichtet, unseren Konsolidierungskurs beizubehalten und noch stärker als bisher in Vorbeugung und Prävention zu investieren. Denn es ist unsere Aufgabe – wie bereits beschrieben – auf die sich ändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in der Gesundheitspolitik und Gesundheitsversorgung einzugehen. Auch über

den klassischen Bereich der Krankenversorgung hinaus. Aber dafür brauchen wir finanzielle Mittel, die wir durch unseren Konsolidierungsprozess erwirtschaften müssen.

Es ist primär die Aufgabe der Länder, die steigenden Kosten der Spitäler in den Griff zu bekommen. Wien und Oberösterreich haben bereits teilweise schmerzhaft Spitalreformen eingeleitet. Unser Angebot als Träger der sozialen Krankenversicherung ist, im Rahmen von neu zu schaffenden Kooperationsformen, stärker als bisher, gemeinschaftlich zu planen und zu steuern.

Als Instrument für diese »Steuerung aus einem Guss« hat die Sozialversicherung ihre Expertise im Bereich Systemsteuerung und Kooperationsmodelle eingebracht. Ein österreichweites, alle Bereiche der Gesundheitsversorgung, alle Akteure und alle Regionen umfassendes Zielsteuerungssystem soll stärker als bisher dafür sorgen, dass die Versorgung im Hinblick auf drei wesentliche Ziele weiterentwickelt wird:

1. Gesundheit:
Oberstes Ziel muss es sein, die Gesundheit der Bevölkerung messbar zu verbessern, beispielsweise die durchschnittliche Lebenserwartung an »gesunden Lebensjahren« zu steigern oder die Sterblichkeit an bestimmten Krankheitsbildern zu reduzieren. Das bedeutet konkret eine Stärkung von Gesundheitsförderung und Prävention. Und selbstverständlich spielt hier die Qualität der medizinischen Versorgung eine wesentliche Rolle, also effektive Behandlung von Unfällen und Krankheiten, wirksames Disease Management usw.
2. Patientorientierung:
Versorgungsqualität drückt sich nicht nur in optimaler medizinischer Qualität aus, sondern bezieht PatientInnen auch bestmöglich ein, informiert und sorgt für fairen Zugang zu allen notwendigen Leistungen.
3. Nachhaltige Finanzierbarkeit:
Nur wenn die zur Verfügung stehenden Beitrags- und Steuergelder sinnvoll und sorgfältig eingesetzt werden, wird

es möglich sein das Gesundheitssystem und seine Leistungen auch für die Bedarfe der Zukunft weiterzuentwickeln und soziale Unterschiede in den Gesundheits-Chancen zurückzudrängen.


Das Zielsteuerungssystem beruht auf der wissenschaftlichen Erkenntnis, dass in großen und komplexen Systemen reine Machtbündelung bzw. die Zentralisierung von Entscheidungsgewalt schlechtere Ergebnisse bringt als verhandlungsbasierte Lösungen, die innerhalb eines definierten Rahmens (z. B. Budgets, Qualitätsnormen) und an gemeinsamen Zielen ausgerichtet weitaus schneller zu Verbesserungen kommen. Zielsteuerungssysteme sind in der Lage, die Intelligenz und das Wissen aller handelnden Akteure – von den Finanziers bis zu den Leistungsanbietern in den Regionen – im Sinne des Gesamtergebnisses zu nutzen.

In Österreich soll dieser moderne Gedanke nun Wirklichkeit werden und von der Gesundheitsverwaltung, die insbesondere im Bereich der Länder noch vorherrscht, zu einer Gesundheitsgestaltung führen.

Neben den österreichweiten Gesundheitszielen ist auch ein Ausgabenpfad vereinbart, der die Steigerung der Gesundheitsausgaben am BIP-Wachstum ausrichtet und so sicherstellt, dass vor allem im Spitalsbereich ungebremste Kostensteigerungen die Finanzierbarkeit des Gesamtsystems zunehmend in Frage stellen – ohne deswegen für die PatientInnen irgendwelche Vorteile zu schaffen. Denn das sei an dieser Stelle auch deutlich festgehalten: Unnötige Operationen und Spitalsaufenthalte, ein zuviel an Medikamenten oder Untersuchungen machen die Menschen definitiv nicht gesünder, sondern richten sogar erheblichen Schaden an.

Begleitet wird das Zielsteuerungssystem durch ein Monitoring, das die Ergebnisse im Gesundheitssystem – also die Versorgungsqualität, die PatientInnenzufriedenheit und die Kosten-Nutzen Perspektive – für die BürgerInnen öffentlich

und transparent darstellt. Darin steckt auch ein wesentlicher Beitrag zur Demokratisierung im Gesundheitssystem, denn es drängt die bisher vorherrschende – häufig von den Leistungsanbietern beherrschte – Diskussion über »zu rettende Spitalsbetten« oder Begehrlichkeiten nach sündteuren High-Tech Geräten für jedes Bezirksspital zurück und lenkt den Fokus auf das worauf es ankommt: nämlich auf den Nutzen für Versicherte, BürgerInnen und PatientInnen.

All das kann nur dann funktionieren, wenn folgender Leitsatz gilt: Strenge Rechnung – gute Freunde! Das österreichische Gesundheitssystem braucht klare gemeinsame Ziele, es braucht mehr Zusammenarbeit – aber vor allem muss die Verantwortung der handelnden AkteurInnen gestärkt werden, anstelle sie durch Vermischung von Geldtöpfen und die Auslagerung von Entscheidungen zu verwischen. 

INGRID REISCHL

ist Obfrau der Wiener Gebietskrankenkasse und Leiterin
des Geschäftsbereichs Grundlagen in der GPA-djp.

ANDREA WESENAUER

ist Direktorin der Oberösterreichischen Gebietskrankenkasse.



VIKTORIA BINSCHTOK

GEBOREN/BORN: 1972, MOSKAU, RUSSLAND. LEBT/LIVES: BERLIN
BODY#12, 2009 | AUS DER SERIE / FROM THE SERIES »SUSPICIOUS MINDS«
© COURTESY THE ARTIST/GALERIE KLEMM'S, BERLIN

Tunesien – eine Revolution und zwei Konterrevolutionen

Als erste österreichische Parlamentarierin nach dem arabischen Frühling besuchte Bundesrätin Muna Duzdar im April dieses Jahres Tunesien. Für die ZUKUNFT fasst sie ihre Wahrnehmungen und Einschätzungen in diesem Beitrag zusammen.

Der sogenannte »arabische Frühling« nimmt seinen Ausgang mit der tunesischen Revolution im Dezember 2010, nur wenige Wochen später endet mit der Flucht Zine el-Abidine Ben Ali am 14. Januar 2011 seine 23-jährige autokratische Herrschaft in Tunesien. Tunesien, ein Land, das auf der Weltbühne politisch kaum Beachtung findet, rückt erstmals wieder in den Mittelpunkt internationaler Politik.

Nur ein dreiviertel Jahr später finden am 23. Oktober 2011 die ersten freien und geheimen Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung statt. Die Aufgabe der Verfassungsgebenden Versammlung besteht, wie der Name verrät, in der Ausarbeitung einer neuen Verfassung. Die Ennahda (Renaissance), eine islamische Partei, gewinnt mit 37% die relative Mehrheit, die anderen Parteien liegen weit zurückgeschlagen unter 10%.

Die westlichen Medien schreiben vom Sieg der »Islamisten«, diese wären also die Sieger der tunesischen Revolution. Der Eindruck in Europa entsteht, die Mehrheit der tunesischen Gesellschaft wären Anhänger der Ennahda, eine Annahme, die jedoch nur bedingt richtig ist und vor allem die politische Vielfalt in Tunesien verkennt. Dass die Ennahda einen klaren Sieg errungen hat, ist darauf zurückzuführen, dass im Bewusstsein der Mehrheit der tunesischen Bevölkerung, die Ennahda jene Partei unter Ben Ali war, welche am rücksichtslosesten verfolgt wurde und das Ben Ali-Regime am schärfsten verurteilte. Die Führungselite saß im Exil (Quatar) und lehnte jede Kooperation mit dem System kategorisch ab. Für eine Mehrheit der TunesierInnen war diese Partei der sichere Garant dafür, dass weder Funktionäre der Partei Ben Alis, der RCD (Rassemblement Constitutionnel Démocratique), noch Kandidaten solcher Parteien gewählt werden,

die sich nicht entschlossen genug gegen das politische System Ben Alis gewandt hatten. Jahrzehntlang von der Macht ausgeschlossen, war die Ennahda scheinbar das korruptionsfreie, saubere, demokratische Pendant zu Ben Alis System. Warum sollten die Menschen sozialistische, sozialdemokratische Parteien, sprich weltlich-säkulare Parteien wählen, war das hässliche Gesicht des tunesischen Polizei- und Mafiastaates Ben Alis nicht westlich-säkular?

Was das Wahlergebnis betrifft, muss aber auch gesagt werden, dass ca. 116 politische Parteien zur Wahl zugelassen wurden und es 1.200 Wahllisten gab. Der Großteil der zugelassenen Gruppierungen waren neugegründete Parteien und für die Bevölkerung weitgehend unbekannt. Von der großen Anzahl der zugelassenen Parteien konnten daher länger bestehende Parteien mit größerem Bekanntheitsgrad wie die Ennahda stark profitieren. Die derzeitige Interimsregierung wird von der im Volksmund so genannten Troika, der Ennahda (90 Sitze) als religiöse Partei gemeinsam mit zwei weltlichen Parteien, der Kongresspartei (CPR, linke Nationalisten, 29 Sitze) und der FDTL/Ettakatol (Sozialdemokratische Partei, Mitglied der Sozialistischen Internationale, 20 Sitze), angeführt.

ZUR GESCHICHTE TUNESIENS

Tunesien gilt in der arabischen Welt als eines der fortschrittlichsten Länder in der gesamten Region. Zwei Revolutionen unter Habib Bourgiba – nämlich eine Bildungsrevolution und eine Frauenrevolution (noch nicht vollendet) – haben maßgeblich dazu beigetragen, dass Tunesien heute eines der urbanisiersten Länder der arabischen Welt ist und eine breite Bildungsschicht und politische Klasse aufweist. In Fragen der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern ist Tunesien zu einem Vorreiterland avanciert. Als Tunesien 1956 seine

Unabhängigkeit erlangte, lag die Analphabetenrate bei rund 90%, heute pendelt sie zwischen 18 und 20% mit der Tendenz fallend, ein Drittel der TunesierInnen verfügt über einen Internetzugang.

Habib Bourgiba (Staatspräsident 1957–1987), ein »aufgeklärter Despot«, der jahrzehntlang die Geschicke des Landes lenkte, setzte Grundsteine, die das Land nachhaltig prägen sollen und heute in der breiten Mehrheit der tunesischen Gesellschaft als unumkehrbar gelten. Nur fünf Monate nach der Erlangung der Unabhängigkeit 1956 setzt Bourgiba noch als Premierminister mit dem Erlass des tunesischen Personenstandgesetzes (*Code du Statut Personnel – CSP*) einen historischen Meilenstein, der den Frauen in der arabischen Welt einen einzigartigen Status einräumt. Das Gesetz zielt auf die Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter in sämtlichen Bereichen der Gesellschaft ab.

Die Polygamie und die Zwangsehe werden gesetzlich verboten und unter Strafe gestellt, das Prinzip der Willensübereinstimmung für die Gültigkeit der Ehe und ein eheliches Mindestalter eingeführt. Der CSP führt ein modernes Scheidungsrecht ein, die Ehe darf nur vor einem Gericht geschieden werden, die »Verstoßung« als einseitiger Widerruf der Ehe und die bisherige Gehorsamspflicht der Frauen gegenüber ihrem Vormund abgeschafft. Es folgen weitere wichtige Reformen, die muslimische und jüdische Gerichtsbarkeit wird aufgehoben und durch staatliche Gerichtsbarkeit ersetzt, die Zivilehe 1958 eingeführt. Frauen dürfen in Tunesien bereits in den 60er Jahren entscheiden ob sie berufstätig sein wollen, haben das Recht ihren Wohnort zu wechseln, Bankkonten zu eröffnen, Unternehmen zu gründen, ohne das sie hierfür die Zustimmung ihres Vormundes bzw. Ehegatten brauchen. 1965 wird die Abtreibung legalisiert und 1973 völlig straffrei gestellt.

Die Kontrazeption wird seit den 60er Jahren gefördert, die Pille ist kostenlos. Tunesien gelingt es als erstem arabischen

Land, sein Bevölkerungswachstum zu regulieren. 1958 wird die Adoption eingeführt, eine dem traditionellen Recht bisher unbekannt Institution.

Die Geschichte der Frauenrechte in Tunesien hat eine über 100-jährige Geschichte, sie begann als Geschichte männlicher Feministinnen, die Habib Bourgiba nachhaltig geprägt haben. Bereits 1887 veröffentlicht Scheich Mohamed Snusi ein Buch mit dem Titel »Die Entfaltung der Blume oder die Frau im Islam«, in dem er Bildung für Mädchen forderte. Das 1930 erschienene Werk des Gewerkschaftsführers und Schriftstellers Tahar Haddad »Unsere Frauen im islamischen Recht und Gesellschaft« fordert weitgehende Rechte der Frauen im Zivilrecht und in der Schulbildung. Haddad setzt sich für ein ziviles Ehe- und Scheidungsrecht ein, das auf eine klare Abschaffung der Zwangsehe abzielt. Habib Bourgiba setzt mit dem *Code du Statut Personnel* die politischen Ideen Tahar Haddads um.

In der tunesischen Gesellschaft gilt Habib Bourgiba unumstritten als Befreier der tunesischen Frau. Zu Ben Ali soll er einmal gesagt haben »C'est moi qui a libéré la femme« (»Ich bin es, der die Frau befreit hat«). Unter der Ägide des Staatsfeminismus wird jahrzehntlang nur eine staatliche Frauenorganisation als Teil des Regierungsprogramms zugelassen. In den 70er Jahren bildet sich eine autonome Frauenbewegung, die eine vollkommene Gleichstellung der Geschlechter nur in einer freien Gesellschaft sieht, die vom Staat jedoch an ihrer politischen Arbeit durch Zensur behindert wird. Erst 1989 gelingt es der »Tunesischen Vereinigung Demokratischer Frauen« (ATFD), welche aus der autonomen Frauenbewegung hervorgeht, ihre Arbeit im halb-öffentlichen Raum voran zu treiben. Diese Frauenorganisation zählt heute 10.000 Mitglieder.

KEIN VOLLSTÄNDIG LAIZISTISCHER STAAT

Trotz der Aufhebung religiöser Gerichtsbarkeit und der radikalen Umwälzungen des traditionell religiösen Rechts, ist

Tunesien kein laizistischer Staat, denn selbst die radikalen Reformen in der Form des *Code du Statut Personnel* werden stets mit einer liberalen Auslegung des islamischen Rechts gerechtfertigt. Habib Bourgiba sieht sich nicht in der Tradition Kemal Attatürks, von dem er meint, er hätte sich zu sehr von seiner Gesellschaft entfernt, er rechtfertigt alle seine Reformen als mit dem Islam im Einklang stehend in der Tradition eines liberalen Islams. Die Originalität der Politik von Habib Bourgiba gegenüber dem Islam ist stets von einer sukzessiven Kombination aus antiklerikalen Akzenten und religiösem Modernismus gekennzeichnet. Im Artikel 1 der tunesischen Verfassung von 1959 steht: »Tunesien ist ein unabhängiger Staat, seine Herrschaft ist eine Republik, seine Staatsreligion der Islam und seine Sprache ist arabisch.« Traditionelles Recht findet in den Jahren später über den Weg der Rechtsprechung Eingang ins tunesische Recht: erblicher Ausschließungsgrund bei Ungleichheit der Religion, Nichtigkeit der Ehe zwischen einer Muslimin und einem Nichtmuslim, Verweigerung des Obsorgerechts an eine ausländische Mutter.

DER HINTERGRUND MEINER REISE

Ende März/Anfang April diesen Jahres reiste ich nach Tunesien, das Land, von dem der Funke der Revolution auf die gesamte arabische Welt übergeschlagen ist. Die Sozialistische Internationale hat eineinhalb Jahre nach der tunesischen Revolution noch immer keine internationale Delegation nach Tunesien zu entsandt, um die politische Lage zu erkunden und politische Partner für die Sozialdemokratie zu gewinnen, aber auch von Seiten der österreichischen Regierung hat es bis dato seit der Revolution keine Visite nach Tunesien gegeben. Das Land mit der größten Wahrscheinlichkeit auf erfolgreichen demokratischen Übergang in der gesamten Region scheint offenbar nur bedingt politisch interessant zu sein.

Es ist die europäische Sozialdemokratie (PES) und die Fraktion der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament, die zum zweiten Mal, Ende März eine Konferenz in Tunis unter dem Titel »Ein fortschrittliches Programm für

eine neue arabische Welt« abhält. TeilnehmerInnen aus den diversesten politischen Parteien und NGO's in Tunesien sind anwesend, VertreterInnen aus zwölf arabischen Staaten nehmen teil. Die Konferenz dauert nur einen Tag lang, und unabhängig davon, welche Interessen die Europäische Union tatsächlich in dieser Region verfolgt, so wird durch diese Konferenz ganz klar, dass der arabische Raum durch die politischen Umwälzungen in Europa politisch in den Vordergrund getreten ist.

Ich nehme die Konferenz jedenfalls zum Anlass für eine viertägige politische Studienreise. Mit Unterstützung des tunesischen Botschafters in Österreich gelingt es, zahlreichen VertreterInnen tunesischer Politik und Gesellschaft zu begegnen. Ich treffe unter anderem VertreterInnen des tunesischen Gewerkschaftsverbandes (UGTT), der größten Frauenorganisation (AFTD), Abgeordnete verschiedener Parteien, den ehemaligen Minister unter Habib Bourgiba (Ahmad Ben Saleh), den tunesischen Außenminister, den tunesischen Staatssekretär für Europapolitik und den Parlamentspräsidenten.

TUNESIEN NACH DER REVOLUTION

Tunesien befindet sich in einer postrevolutionären Phase, in der die Euphorie der Menschen für repräsentative und parlamentarische Demokratie stark ist. Vermieden die Menschen es vor der Revolution noch, aus Angst vor Verfolgung über Politik zu sprechen, so ist die neu gewonnene Freiheit der Meinungsfreiheit nun Anlass für tägliche Demonstrationen, Streiks, Besetzungen im öffentlichen Dienst und Betrieben. Es vergeht kein Tag an dem nicht die neuen demokratischen Freiheiten ausgelebt werden, das Interesse an Politik ist mit einem Mal stark gewachsen. Es gleicht einem Ventil, das nun geöffnet wird, mit einem Male tritt alles an die politische Oberfläche, politische Bewegungen treten in Erscheinung, von denen die meisten TunesierInnen bis zu diesem Zeitpunkt gar nicht wussten, dass es sie in Tunesien überhaupt gegeben hat, wie beispielsweise die »Salafisten«, eine radikal-religiöse Bewegung.

Wenige Tage vor meiner Ankunft zieht die Ennahda ihre politische Forderung nach Statuierung eines Bezuges zu religiösem Recht in der tunesischen Verfassung zurück. Am 25. März 2012 einigt sich die Regierungstroika auf die Beibehaltung des Artikel 1 der tunesischen Verfassung 1959. Wie am Beispiel Ägyptens hätte mit dem Bezug religiösen Rechts die tunesische Verfassung einen Passus enthalten sollen, wonach islamisches Recht eine Quelle der Gesetzgebung ist. Um ganz genau zu sein, ist seit der Verfassungsreform 1981 in Ägypten islamisches Recht die Quelle der Gesetzgebung. Das entspricht keineswegs der Realität in Ägypten, denn vor allem französisches Recht hat, mit Ausnahme des islamisch gebliebenen Familien- und Erbrechts, seinen prägenden Einfluss auf die ägyptische Gesetzgebung, Judikatur und Rechtswissenschaft hinterlassen – so wandeln das Zivilgesetzbuch und das Handelsgesetzbuch die französischen Vorbilder nur leicht ab.

Jedenfalls demonstrieren in Tunesien Salafisten gegen den politischen Rückzug der Ennahda in der Frage des religiösen Rechts. Diesem politischen Rückzug der Ennahda gehen monatelange Diskussionen über Identität, Religion, Verhältnis zwischen Religion und Staat voraus. Die tunesische Gesellschaft steht vor einer Zerreißeprobe. Angeheizt wird die öffentliche Debatte auch noch vom lautstarken Auftreten der Salafisten, die mit Uni-Besetzungen den Zugang von vollverschleierten Frauen an den Universitäten erzwingen wollen, unverschleierte Frauen in der Öffentlichkeit anpöbeln, alleinstehende, alleinerziehende unverheiratete Frauen diffamieren und mit ihren Forderungen nach Wiedereinführung der Polygamie, Herabsenkung des ehelichen Mindestalters, sogar Beschneidung von Frauen (eine nichtexistierende Tradition in Tunesien und absolut unislamisch) in der Bevölkerung für Entsetzen sorgen. Das Nichtdurchgreifen der Ennahda als führende Regierungspartei (wenn auch nur interimistisch) wird als fahrlässig gesehen. Die Ennahda, welche den Innenminister stellt, verteidigt sich damit, nicht in alte Muster eines Polizeistaates verfallen zu wollen. Ein Teil der Bevölkerung trägt diese Entwicklungen mit gemischten Gefühlen, denn

diese Debatten über Religion und ihre Rolle in der Gesellschaft haben in den Revolutionstagen nicht einmal eine Erwähnung gefunden.

EINE RELIGIÖSE IDENTITÄTSDEBATTE

Die Revolution hat Menschenrechte, Menschenwürde und Rechtsstaat gefordert und dass sich Tunesien seit einem halben Jahr öffentlich mit Identitätsfragen beschäftigt, ist für manche nicht nachvollziehbar, aber damit zu erklären, dass jahrzehntlang keine politischen Auseinandersetzungen zugelassen wurden, Diskussionen über Religion und das Verhältnis der TunesierInnen zum Islam waren – abgesehen von wissenschaftlich und intellektuell erlaubten Diskurs – unterbunden. Im nicht öffentlichen Bereich scheint es offenbar politisch und ideologisch ganz andere Entwicklungen der tunesischen Gesellschaft gegeben zu haben. Die Verfolgung der »Islamisten« hat diese religiös-politischen Bewegungen jedenfalls zu Opfern stilisiert, ihre Popularität in der Bevölkerung wachsen und sie als demokratisches und nicht-korruptes Pendant zum alten Regime in den Augen der Menschen werden lassen.

Die Ennahda initiiert diese Werte- und Identitätsdebatte bereits vor der Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung. So wie immer werden gesellschaftliche Werte und Moral vor allem über die Rolle und das Bild der Frau in der Gesellschaft definiert. Die Ennahda versucht, mit religiösem Populismus die weltlichen Kräfte in Tunesien ideologisch in die Enge zu treiben, natürlich auch damit, sie pauschal als antiislamisch in der Bevölkerung zu diskreditieren. Moderat – so wie sich die Ennahda am Vorbild der AKP am liebsten präsentiert – oder auch nicht, eine politisch-religiöse Partei hat andere politische Zielsetzungen als eine Partei, deren politisches Programm nicht auf einer Religion basiert. Es geht um den Wandel der Gesellschaft von unten, um eine andere (religiöse) Erziehung, angesetzt werden soll vor allem im Kindergarten und im Schulwesen. Um es in den Worten eines Ennahda-Politikers zu sagen: »Die jetzige Generation ist verloren, die nächste Generation ist unser Ziel.«

Auch wenn jahrzehntelang islamische Parteien verboten und verfolgt wurden, so gab es auch in Tunesien einen philosophischen und wissenschaftlichen Diskurs über den Islam. Es gibt nicht den Islam und auch nicht das islamische Recht, es gibt historische und regionale Variationen, unterschiedliche Rechtsschulen mit unterschiedlichen Traditionen. Islamisches Recht wird in den arabischen Staaten von einer Diversität charakterisiert, es okkupiert ganz uneinheitlich verschiedene Anwendungsgebiete. In den meisten arabischen Ländern wird die Anwendung islamischen Rechts auf Familien- und Erbrecht beschränkt und auch hier sieht man am Beispiel Tunesiens, dass das traditionelle Recht mit der Schaffung des *Code du Statut Personnell* radikal umgewälzt wurde. Auch im islamischen Familienrechts Marokkos wurde die Polygamie weitgehend außer Kraft gesetzt.

Mit der Transformation des islamischen Rechts mit seinen regionalen Eigenheiten in nationale Rechtsordnungen und der Kodifizierung islamischen Rechts verliert auch religiöses Recht, das hierdurch seine Form verändert und die Form positiven Rechts annimmt, seine Transzendenz. Gerade Tunesien ist ein Land, das viele JuristInnen, HistorikerInnen und PhilosophInnen hervorgebracht hat, die sich mit der Rolle des Islams und seiner Vereinbarkeit mit Menschenrechten, Demokratie, Freiheit, der Gleichheit der Geschlechter und dem freien Denken im Islam beschäftigt haben.

DER ERFOLG ISLAMISTISCHER BEWEGUNGEN

Nichtsdestotrotz darf aber nicht verkannt werden, dass seit den 80er Jahren in der arabischen Welt ein Erstarken religiös politischer Bewegungen zu beobachten ist – im übrigen nicht nur in der arabischen Region, siehe USA –, die auf Grund autoritärer Regime, der zunehmenden gesellschaftlichen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, in der Bevölkerung starken Zulauf haben. Der politische religiöse Diskurs wird über die Satellitensender in die gesamte arabische Welt übertragen. In Tunesien sahen unter der Herrschaft Ben Ali nur eine Minderheit tunesisches staatliches Fernsehen, die große Mehrheit

andere arabische Fernsehsender, vor allem auch Aljazeera, seit der Revolution hat sich das geändert.

Dass der Islam als Religion in der Lebensweise und Tradition der Menschen wichtig ist, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Erhebung des Islams zu einem politischen Projekt seit mehr als 20 Jahren politisches Programm religiös-politischer Bewegungen und Parteien ist – noch dazu in den 80er Jahren von den USA stark unterstützt –, um die Hegemonie in der Gesellschaft zu erlangen. Während sozialistische, nationalistische Ideologien keine breite Verankerung in der Gesellschaft fanden oder finden konnten, weil sie autoritäre und unterdrückerische Regime schmückten, sind die unterdrückten religiösen Bewegungen, die noch dazu karitativ und sozial sehr engagiert sind, immer mehr in die Mitte der Gesellschaft gelangt. Warum sollten Menschen säkulare Parteien wählen, wenn die Fratze der arabischen Diktaturen westlich und säkular war und ist?

ISLAM-BEZUG IN DER VERFASSUNG?

Aber was bedeutet es, wenn in der tunesischen Verfassung einer der Quellen der Gesetzgebung islamisches Recht ist? Nachdem ich oben versucht habe darzustellen, dass es das islamische Recht als ein einheitliches homogenes Recht nicht gibt, sondern islamisches Recht ein Oberbegriff für die gesamten der Menschen auferlegten Handlungsweisen, ein verwobenes System von Recht, Moral und Ethik, Gebote und Verbote, moralische und ethische Pflichten ist, würde ein Bezug in der Verfassung dazu eine Verfassung nach sich ziehen, die äußerst unbestimmt wäre. Religiöse Rechtsgelehrte und/oder der Verfassungsgerichtshof wären angehalten, zu definieren, was islamisches Recht in Tunesien ist, welche Rechtsgebiete davon umfasst wären. Ein derartiger Bezug würde anderen Institutionen einen großen Gestaltungsspielraum offen lassen, die Verfassung zu bestimmen. Aber gerade das sollte eine Verfassung eben nicht. Der Bezug zu religiösem Recht – egal welchem – schafft Rechtsunsicherheit. Eine Verfassung, das fundamentale Regelwerk eines Staates, soll aber gerade die

Spielregeln eindeutig definieren und nicht Staatskrisen wegen der Unbestimmtheit der in ihr verwendeten Begriffe geradezu herausfordern.

ABLENKUNG VON SOZIALEN KONFLIKTEN

Es war von Anbeginn an klar, dass die Frage einer expliziten Erwähnung religiösen Rechts in der Verfassung die tunesische Gesellschaft und auch die Interimsregierung vor eine Zerreißprobe stellen würde. Die Vorsitzenden der beiden weltlichen Regierungsparteien, Dr. Moncef Marzouki und Dr. Mustpha Ben Jaffar, hatten ihren Rücktritt angekündigt, sollte die Ennahda dies im Alleingang durchsetzen wollen.

Nach Ansicht der ehemaligen Vorsitzenden der ATFD (Vereinigung demokratischer tunesischer Frauen), Bochra Bel Haj Hmida, war es auch nie eine wirklich ernst gemeinte Absicht der Ennahda – die diese Forderung nicht einmal in ihrem Parteiprogramm hat – islamisches Recht in die Verfassung einzubeziehen. Es sei ein politisch abgekartetes Spiel, um Teile der Basis ruhig zu stellen und darüber hinaus die Linke, die Zivilgesellschaft, Frauen, Blogger, also Kritiker der Ennahda, zu beschäftigen, um sie politisch in Schach zu halten. Die Linke solle aus ihrer ideologischen Defensive erst gar nicht herauskommen. Für viele sei diese Identitätsdebatte eine künstlich heraufbeschworene, welche zwischen Eliten stattgefunden habe. In der Tat hat diese Debatte die wirklichen Probleme in Tunesien in den Hintergrund gedrängt.

Das Programm der Ennahda gerade in wirtschafts- und sozialpolitischen (außer dem islamischen Almosenwesen) Fragen ist weitgehend unklar. So wie die Moslembrüder in Ägypten scheint auch die Ennahda ein sehr wirtschaftsliberales Programm zu verfolgen, was die Auseinandersetzungen mit dem tunesischen Gewerkschaftsverband erklärt.

EINE SOZIALE REVOLUTION

Die Armut und die Arbeitslosenrate sind in Tunesien viel höher als die Zahlen, die das Regime Ben Ali veröffentli-

chen ließ. Die vom früheren Regime verwendete nationale Definition von Armut resultierte stets in einer sehr geringen Armutsquote und einer großen »Mittelschicht«. So zählten beispielsweise bereits Arbeiter, die nur den Mindestlohn in Tunesien erhielten (unter 150 Euro pro Monat), bereits zur »Mittelschicht«. Nach den Statistiken unter Ben Ali lebten daher nur 3,9% der TunesierInnen unter der Armutsgrenze. Tatsächlich sind es 18,4% der Bevölkerung, die von weniger als zwei Dollar pro Tag leben müssen. Die soziale Dimension der Revolution ist daher fundamental, die Revolution begann auch als Teil einer sozialen Revolte. Die Selbstverbrennung eines Akademikers (Mohammed Bouazizi), der sein Leben als fliegender Gemüsehändler fristen musste, weil er keine Lizenz für einen Stand erhielt, da er sich weigerte Bestechungsgelder zu zahlen und den Demütigungen und der Willkür der Polizei ausgesetzt war, war der Anlass für den Beginn der Proteste in Tunesien. Es gibt ein zweigeteiltes Tunesien: Das der Städte, der großen Industrien, des Tourismus; und ein Tunesien im Inneren des Landes, ein landwirtschaftliches Tunesien, das von der modernen Entwicklung ausgeschlossen ist. Es ist auch dieses landwirtschaftliche Tunesien, das am meisten vernachlässigt wurde und von dem die Revolution seinen Ausgang nahm.

GEWERKSCHAFTEN ALS SOZIALER AKTEUR

Auch die Arbeitslosenrate ist viel höher – gerade unter den Jugendlichen – als offiziell angenommen. Nach neuesten Zahlen liegt die Arbeitslosenquote bei 18,3%, bei Männern 15%, bei Frauen 27,4%. Nahezu 30% der HochschulabsolventInnen (200.000) sind in Tunesien auf Arbeitssuche. In einem Gespräch mit einem Gewerkschaftssekretär gibt er zu bedenken, dass die Arbeitslosigkeit in Wirklichkeit bis zu 40% liegen könnte.

Einen ganzen Vormittag verbringe ich im Hauptquartier des tunesischen Gewerkschaftsverbandes. Eine engagierte Gewerkschaftsfunktionärin, Emna Aoud, führt mich. Sie ist Mitglied im Vorstand der Frauenorganisation der Gewerk-

schaft und Gewerkschaftssekretärin. Tunesiens Gewerkschaftsverband erfasst 500.000 Mitglieder und ist bis in das kleinste Dorf Tunesiens vertreten. Die Gewerkschaftslokale sind die Anlaufstelle für die Menschen – anders als in vielen arabischen Ländern, wo die Moscheen das Zentrum des Ortes bilden, so Aoudi. Die Gewerkschaft in Tunesien hat eine große historische Tradition, sie ist in der tunesischen Gesellschaft stark verankert und gilt als tragende Säule des tunesischen Staates.

Ohne die Gewerkschaft wäre die Revolution nicht so erfolgreich gewesen, erzählte mir Aoudi. Für den 14. Januar, den Tag an dem Ben Ali das Land verließ, habe die Gewerkschaft einen Generalstreik organisiert. Die Gewerkschaft gebe zwar keine Wahlempfehlungen ab, aber ihre Arbeit bestünde nicht nur in der reinsten Form der ArbeitnehmerInnenvertretung. Sie scheue sich nicht davor, sich politisch zu Wort zu melden. Auch habe sie im Zuge der Verfassungsdebatte, einen eigenen Verfassungsvorschlag vorgelegt, indem sie die Verankerung eines zivilen Staates einforderte. Der Großteil der Gewerkschaftsfunktionäre seien linken, fortschrittlichen Parteien zuzuordnen, mit der Ennahda hätte die Gewerkschaft schon einige Auseinandersetzungen hinter sich, nicht zuletzt auch deshalb, weil diese ein wirtschaftsliberales Programm verfolge und versucht hätte, ein vor der verfassungsgebenden Versammlung abgeschlossenes Abkommen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Gemeindebediensteten nicht zu respektieren.

Während die Gewerkschaft über eine soziale Basis verfügt, kann dies von den politischen Parteien der politischen Mitte und links der Mitte jedenfalls nicht behauptet werden. Die sozialdemokratische Partei bildet gemeinsam mit der Kongresspartei und der Ennahda als stärkste Partei die Interimsregierung. Politischen Gerüchten zufolge war die Regierungsbildung bereits vor den Wahlen eine abgemachte Sache. Die Kongresspartei hätte auf Grund eines Deals 18 ihrer 29 Sitze an die Ennahda abgegeben, dafür hätten Ennahda-WählerInnen die Kongresspartei gewählt. Ich möchte

diesen Gerüchten, die ich nicht verifizieren konnte, nicht viel Aufmerksamkeit schenken. Tatsache ist, dass beide weltlichen Regierungsparteien in der Regierung mit der Ennahda keine leichte Aufgabe haben, nicht nur weil sie viel weniger Sitze in der Verfassungsgebenden Versammlung haben, sondern auch, weil sie im Gegensatz zur Ennahda kaum gesellschaftlich verankert sind. Ennahda schafft es auch geschickt, mit Werte und Identitätsdebatten die politischen Themen vorzugeben.

DIE FRAGMENTIERUNG DER LINKEN

Die Fragmentierung in der Linken ist nicht zu übersehen. Es gibt circa zehn politisch Links- bis Mitte-Links-Parteien. Ich bin Abgeordneten mehrerer politischer Parteien begegnet, ein ernstzunehmendes Gewicht in der politischen Landschaft stellen ihre Parteien derzeit nicht dar und es scheint zweifelhaft, ob sie es in Zukunft schaffen werden, einen Rückhalt in der Bevölkerung zu finden. Aber selbst in Regierungsverantwortung stellt sich die Frage, ob diese Parteien die immer größer werdenden sozialen Probleme bewältigen können, die sich seit der Revolution nur verschärft haben. Der Tourismussektor verzeichnet einen Rückgang von 30%. In Gesprächen mit Abgeordneten linker Parteien konnte ich nur vernehmen, dass das wirtschaftliche Allheilmittel für Tunesien in westlichen Auslandsinvestitionen läge und in der Kooperation mit dem Internationalen Währungsfond.

Um aber nicht alle linke Parteien über den Kamm zu scheren, möchte ich an dieser Stelle die demokratische Fortschrittspartei erwähnen, die zwar nur 5% bei den Wahlen am 23. Oktober zu der Verfassungsgebenden Versammlung erzielt hat, der man aber die meisten Chancen gibt, als weltliche Partei in Tunesien zuzulegen. An ihrer Spitze steht eine außergewöhnlich selbstbewusste Frau, Maja Jribi. Es ist auch die einzige Partei, der man nachsagt, sie hätte auch in der breiten Bevölkerungsschicht AnhängerInnen. Gesellschaftspolitisch hätte sie die Konfrontation mit der Ennahda nicht gescheut, wirtschaftspolitisch sei sie aber sozialliberal.

In Tunesien habe ich die Chance an zwei öffentlichen Veranstaltungen teilzunehmen. Auf der Avenue Habib Bourgiba findet im Hotel Dome eine Versammlung statt, mir ist anfangs nicht bewusst, was mich dort erwartet. Ich finde eine Versammlung linker demokratischer Parteien (PTT – Arbeiterpartei, Etajdid – vormals kommunistische Partei und *Pole democratique*) vor, die eine Auftaktveranstaltung zur Vereinigung abhalten, der Saal ist überfüllt mit hunderten Menschen. Zu Gast ist Maja Jribi von der demokratischen Fortschrittspartei, die auch mit ihrer Partei einen Vereinigungsprozess mit zwei anderen politischen Parteien anstrebt, nämlich der AFAK und der PR – Parti Republicain. Ob dies tatsächlich gelingen wird, wird sich in Zukunft weisen. Zumindest sind sich die linken Parteien ihrer Zersplitterung bewusst; das Wahlergebnis und das schlechte Abschneiden muss für alle ein Schock gewesen sein. Ehrengast ist Mohamed Talbi, eines der renommiertesten tunesischen Philosophen. Er betont, nie Mitglied einer Partei gewesen zu sein, um stets unabhängig zu bleiben. Er würdigt Habib Bourgiba, der mittellos gestorben sei und spielt damit auf den Ben Ali-Clan an, der den Staat als Selbstbedienungsladen benutzte und 10 Milliarden auf ausländischen Konten liegen habe, in etwa die Staatsschulden Tunesiens. Er verurteilt Angriffe auf Filmregisseure und vergleicht die Aktivitäten der Salafisten mit denen der christlichen Inquisition.

Trotz aller Vereinigungsprozesse der linken Parteien kann ich nicht erkennen, wie diese Parteien ein wirkliches Gegengewicht zur Ennahda – politisch, gesellschafts- und wirtschaftspolitisch – darstellen wollen. Dass die Ennahda mit Themen wie Kalifat, islamisches Recht oder anderen absurden Vorschlägen vor sich hertrieb, zeigt nur, wie schwach ihre linken Opponenten sind.

Nichtsdestotrotz hat die Ennahda nicht nur ihre politische Forderung nach islamischem Recht in der Verfassung Mitte März zurückgezogen, sie ist auch politisch etwas leiser getreten. Natürlich sehen die weltlichen Regierungsparteien darin ihren Erfolg, wollen sie doch die Ennahda in der Regierung

»zähmen«. Für die Mäßigung der Ennahda, die die Bevölkerung in den letzten Wochen und Monaten mit den Fragen über Identität und Werte total aufgewühlt und vor allem durch das Tolerieren salafistischer Umtriebe bei der gebildeten Mittelschicht Ängste vor einer Theokratie ausgelöst hat, sind jedoch andere politische Akteure maßgeblich.

In den vier Tagen habe ich die Möglichkeit, Bochra Bel Haj Hmida, Frauenrechtlerin und Anwältin, zu einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung zu begleiten. Die Veranstaltung ist in etwa das Skurrilste, was ich in Tunesien erlebe. Eine Organisation zur Versöhnung der politischen Parteien in Tunesien veranstaltete im Sozialministerium eine Podiumsdiskussion mit Personen aus Politik und Zivilgesellschaft, darunter zwei ehemalige Ministern unter Habib Bourgiba. Das Publikum war schon von Anbeginn der Veranstaltung etwas eigen, sobald einer der Ex-Minister zum Reden anfangt, formierte sich plötzlich eine Gruppe, die gegen die Ex-Minister und die Veranstaltung protestierten, es waren Plakataufschriften mit »RCD dégage« zu lesen. Die RCD, die politische Partei Ben Alis, sollte verschwinden. Es begannen sich tumultartige Szenen abzuspielen und die Veranstaltung musste abgebrochen werden.

Bevor mich die Frauenrechtlerin aus der kreischenden Menschenmenge herausziehen konnte und wir den Saal verlassen, sehe ich noch einen Mann mit einer Plakataufschrift und traue nicht ganz meinen Augen: der Name der Frauenrechtlerin ist zu lesen – »Bochra dégage« (Bochra verschwinde). Später meint die Frauenrechtlerin, dass die protestierende Gruppe nicht authentisch gewesen sei, sie seien bezahlt die Diskussion zu stören. Ich verstehe anfangs nicht, worauf sie wirklich hinaus will. Es sei die Ennahda, die würden die gleichen Methoden wie die RCD Ben Alis anwenden Öffentliche Debatten, die ihnen nicht ins Konzept passen, würden gestört. Ennahda möchte alle als RCDisten verunglimpfen, vor allem jene aus dem Umkreis der alten Bourgibisten, denn diese stellen zur islamischen Partei der Ennahda eine ernsthafte politische Konkurrenz dar. Die Rückkehr der Bourgibisten ma-

che der Ennahda Angst, sie seien die einzigen, die die Macht der Ennahdouisten gefährden könnten, daher diese politische Inszenierung. Es ist in der Tat anzunehmen, dass der Ennahda weniger die sozialdemokratischen und linken demokratischen Oppositionsparteien Einhalt geboten haben als die Furcht der Ennahda vor der Rückkehr der Bourgibisten, also der Anhänger Habib Bourgibas und seiner Partei, der Parti Socialiste Destourien (destour bedeutet im Arabischen Verfassung), die gerade dabei ist, sich neu zu formieren. Denn nur wenige Tage nach der Versammlung der Bourgibisten unter der Führung Caid Essebsi, an der 15.000 Menschen teilnahmen, zog die Ennahda ihre Forderung nach der Einführung islamischen Rechts in die Verfassung zurück und kündigte ein härteres Vorgehen gegen die Salafisten an.


Essebsi führte seit 27. Februar 2011 die zweite Interimsregierung an, nachdem die erste Übergangsregierung – der mehrheitlich Ben Ali Anhänger angehörten – Mitte März zurücktreten musste. Bis zu den Wahlen am 23. Oktober 2011 blieb er Ministerpräsident. Er war unter Bourgiba Innenminister und unter Ben Ali kurze Zeit Parlamentspräsident, zog sich aus dem politischen Leben zurück und feiert nun sein postrevolutionäres Comeback.

In den Zeitungen attestiert man den Bourgibisten, das dritte Lager zu sein, der Konflikt zwischen den Islamisten und Modernisten habe einer neuen Auseinandersetzung Platz gemacht, nämlich der zwischen den Islamisten und Bourgibisten bzw. Destourianisten. Der Einladung Essebsis zu einer Versammlung in Monastir sind 50 politische Parteien und 525 Vereinigungen gefolgt, selbst Parteien der so genannten Modernisten fanden sich zu dieser Versammlung ein, wie beispielsweise die Demokratische Fortschrittspartei.

Vor allem – so die Zeitung *Le Temps* vom 1. April 2012 – habe die magere Bilanz der Regierung, die sich bisher mit ideologischen Debatten begnügte, statt die sozialen und technologischen Probleme des Landes zu lösen, eine Rückkehr

der Bourgibisten begünstigt. Alles hat mit einem Aufruf von Essebsi begonnen, die Gesamtheit der politischen Kräfte zu sammeln, um eine Alternative zur jetzigen Regierungs-Troika zu bilden. Essebsi hat einen »Rückschritt« angeprangert, vor allem mit dem Hinweis auf das Aufkommen von gewalttätigen extremistischen Erscheinungen, welche die öffentlichen und privaten Freiheiten bedrohen – eine Anspielung an die Aktivitäten der Salafisten unter Duldung der Ennahda.

Auch diese Entwicklung sieht die tunesische Bevölkerung mit gemischten Gefühlen. Auch wenn in der Bevölkerung sehr wohl zwischen der Ära Habib Bourgibas und der Ära Ben Ali differenziert wird, ist nicht gewiss, ob sich nicht ein paar alte RCDisten unter dem Decknamen Bourgibisten wieder auf die politische Bühne einschleichen könnten. Dennoch scheint die Rückkehr der Bourgibisten gleichzeitig – angesichts der Schwäche der linken weltlichen Parteien der Ennahda politischen Einhalt zu gewähren – die einzige realistische Gegenmacht zu den religiös-politischen Kräften in Tunesien.

Die unübersichtliche Lage und das große politische Potenzial für eine demokratische, laizistische Linke sollten Tunesien in jedem Fall in den Mittelpunkt des Interesses der internationalen sozialistischen Bewegung und ihrer Solidaritätsaktionen rücken. 

MUNA DUZDAR

ist Rechtsanwältin und vom Land Wien entsandte Abgeordnete zum Bundesrat, wo sie im außenpolitischen Ausschuss tätig ist. Sie ist politisch in der SPÖ Donaustadt aktiv.

MANIT SRIWANICHPOOM

GEBOREN/BORN: 1961, THAILAND. LEBT/LIVES: BANGKOK
THIS BLOODLESS WAR, 1997
© COURTESY OF THE ARTIST



Ein anderer Blick auf die Krise

Paul Mattick erklärt auf 130 Textseiten das Scheitern nicht nur das Wesen der Krise, sondern auch das Scheitern des Kapitalismus.

Mit »Business as Usual« erschien im Februar 2012 die deutsche Übersetzung eines 2011 in London veröffentlichten Büchleins, mit dem Paul Mattick »Krise und Scheitern des Kapitalismus« näher bringen möchte. Sein Ausgangspunkt ist ebenso simpel wie ungewöhnlich: Er will zeigen, dass die gegenwärtige Wirtschaftskrise nicht das Ergebnis verschrobener Banker oder einer falschen Politik ist, sondern dem Kapitalismus systemimmanent sei. Auf rund 130 Textseiten ist dafür naturgemäß nicht viel Platz. Trotzdem bleibt Mattick aber seinem Voratz treu, auf wesentliche Vorkenntnisse seiner LeserInnen in Wirtschaftstheorie und Wirtschaftsgeschichte zu verzichten.

Für das von ihm entwickelte Verständnis der Krise gehe »es darum zu wissen, wie man über das Zeitgeschehen nachdenkt.« Mattick rät dazu, dafür die Finger von der herrschenden neoliberalen und der ebenfalls starken keynesianischen Schule zu lassen und sich lieber auf Karl Marx als »Kritiker der ökonomischen Theorie« zu beziehen. Denn die gegenwärtige Krise sei auch eine Krise der Wirtschaftswissenschaft, die – ob neoliberal oder keynesianisch – die tieferen Krisenursachen nur unzureichend erkenne und dadurch auch keinen wesentlichen Beitrag zu ihrer Lösung liefern könne.

Ausgangspunkt von Matticks Argumentation ist ein Blick auf die historischen Krisenzyklen des Kapitalismus der letzten zweihundert Jahre: In mehr oder weniger regelmäßigen Abständen suchen Krisen die kapitalistischen Ökonomien heim, lassen Löhne schrumpfen, vernichten Unternehmen, bewirken aber vor allem eines: Eine Erholung der vor Beginn der Krise geschrumpften Profitraten.

Deren Absenkung sei regelmäßig dafür verantwortlich, dass der Kapitalismus in die Rezession rutsche. Denn die zen-

trale Triebfeder – Mattick wird nicht müde das immer und immer wieder zu betonen – kapitalistischen Wirtschaftens sei nicht die Produktion von Gütern und Dienstleistungen, die Befriedigung von KonsumentInnenbedürfnissen oder individuelle Gier, sondern die Erzielung von Profit, um im Wettbewerb bestehen zu können. Krisen könnten unterschiedliche Anfänge haben – vom Börsenkrach bis zur Branchenpleite –, verschiedene soziale Reaktionen hervorrufen – von Apathie bis zur Revolution – und unterschiedlich gelöst werden – von einfacher Lohnsenkung bis hin zum Weltkrieg. Ihr auslösendes Moment sei letztlich aber immer die mangelnde Profitabilität der Unternehmen, die durch die Vernichtung von Produktivkräften gelöst werden soll.

Nun fiel selbst die schwere Krise ab 2007 maßvoller aus als die Krisen des 19. Jahrhunderts oder der 1930er Jahre. Mattick führt dies auf die staatlichen Interventionen in die Wirtschaft zurück. Diese Interventionen könnten die Depression jedoch nicht dauerhaft lösen, sondern nur ihre Heftigkeit und die von ihr erzeugten sozialen Verwerfungen lindern. Seit dem Zweiten Weltkrieg habe sich ein System der gemischten Wirtschaft entwickelt, das im Prinzip auch von den Neoliberalen nicht in Frage gestellt worden sei, um noch wesentlich heftigere Krisen als wir sie seit dem Zweiten Weltkrieg erlebt haben, zu vermeiden. Die »verschleppten« Krisen verhinderten wiederum eine ausreichend starke Erholung der Profitabilität, um den Kapitalismus aus eigener Kraft auf Wachstumskurs zu bringen. All dies sei mit wachsenden Schuldenständen erkaufte, die die Spielräume für die Staatsintervention einengten, damit gleichzeitig aber selbst die kurzfristige Eindämmung der Krise erschwerten. Das System der gemischten Wirtschaft sei daher auf Dauer weder Lösung noch sei es unbegrenzt aufrechterhalten. Die ökonomischen Konsequenzen sieht Mattick düster: »Sich selbst überlassen, verspricht der Kapitalismus

auf Jahrzehnte hinweg wirtschaftliche Schwierigkeiten, einschließlich weltweit zunehmender Angriffe auf Einkommen und Arbeitsbedingungen, ... Pleitewellen und Firmensanierungen sowie immer schärfere Konflikte zwischen Unternehmen und selbst Staaten, über die Frage, wer die Rechnung für all das bezahlen soll.« Dies umso mehr vor dem Hintergrund der Umweltzerstörung.

Die Überwindung des Kapitalismus, die Transformation der Gesellschaft ist für Mattick die einzige Lösung dieser Spirale. Da die linken Parteien ohne nennenswerte inhaltliche Substanz agierten und in der Bevölkerung diskreditiert, seien diese weder Hoffnungsträger noch Hindernis: Veränderungen müssten von demokratischen Basisbewegungen ausgehen, wobei Mattick nicht verbergen kann, dass dies mehr Hoffnung als substantiierte Prognose ist.

NICHT NEU UND TROTZDEM ANDERS

Matticks Ansichten sind keineswegs neu. Sie lehnen sich im Kern eng an eine marxistisch inspirierte Keynes-Kritik der 70er Jahre an, die schon eine Generation früher vertreten wurde.¹ Das bringt Stärken und Schwächen mit sich. Eine erste große Stärke, die dieser Schrift zuzugestehen ist, ist die gelungene Zuspitzung bei gleichzeitig erfolgreicher Bemühung Matticks »jeden Jargon zu vermeiden«. Entgegen der häufigen Tendenz, die eigene Bezugnahme auf Marx durch Phrasenlastigkeit und Unverständlichkeit zu untermauern, hat sich der Autor solcher Tendenzen erfolgreich enthalten und so ein gut lesbares Buch geschaffen.

Durchaus gelungen ist grundsätzlich der schnörkellose Schnelldurchgang in der Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie. Selbiges gilt auch für die historische Kontextualisierung der gegenwärtigen Krise. Tatsächlich erscheint es paradox, dass die letzten drei Jahrzehnte zwar bei näherer Betrachtung einerseits als eine einzige Aneinanderreihung von Krisen mit nur kurzen Erholungsphasen zwischendurch erscheinen, andererseits aber vom Mainstream jede Krise für

sich als isoliertes Phänomen und nicht in ihrem Zusammenhang untersucht wird. Wertvoll ist auch Matticks Betonung, dass selbst eine effektive keynesianische Politik den Konjunkturzyklus nicht beseitigen konnte und die kapitalistische Krisentendenz nicht aufzuheben vermag. Diese wichtige Erkenntnis, die auf die Notwendigkeit einer über die nächste Konjunkturbelebung hinausweisenden politischen Strategie aufmerksam macht, ist unverzichtbar.

Die größten Schwächen dieses Buchs sind sicherlich zum Teil dem Bemühen, die oben genannte Stärke der leicht lesbaren Zuspitzung zu erhalten, geschuldet: Das Fehlen statistischen Materials zur Stützung seiner Thesen, die fehlende Vertiefung und nur ein passant erfolgende Kritik der umfassend angesprochenen Literatur, ist einerseits schade, andererseits aber entschuldbar, wenn man sich den Zweck des Buchs – mit einer scharfen Kritik den Fokus der Betrachtungen zu verschieben – vor Augen führt.

Trotzdem führt die Kompromisslosigkeit der Argumentation teilweise zu einer bedauerlichen Eindimensionalität: Alle Wege führen zur Krise, die manchmal stärker, manchmal schwächer ist, gegen die Widerstand im Rahmen des Kapitalismus aber letztlich zwecklos sei und die nur verzögert und gemildert, aber nicht gelöst werden könne. Das erscheint angesichts des unglaublichen Wohlstandsgewinns der arbeitenden Menschen in der Phase des Nachkriegsbooms denn doch eine Spur zu undifferenziert und zu gleichgültig gegenüber der Bedeutung der im Vergleich zu einer Depression der 1930er Jahre verzögerten und abgemilderten Krise.

Gleiches gilt für die in den Raum geworfene Hypothese, das relativ stabile Wachstum des »Goldenen Zeitalters« sei letztlich nur auf den Wiederaufbau nach dem Weltkrieg zurückzuführen. Dessen Rolle ist unbestritten, greift aber zu kurz, wenn man sich vor Augen hält, dass ja keineswegs nur alte Infrastruktur wieder hergestellt werden musste, sondern im Gegenteil in bislang unbekanntem Umfang – vom Stra-

ßen- und Schienen- und Kommunikationsnetzen bis hin zu Schulen, Spitälern und Universitäten – neu geschaffen wurde.

Durch diese Eindimensionalität bleibt auch die Rolle sozialer Auseinandersetzungen außen vor, die für die Nachkriegsentwicklung, aber auch für das Triumphieren des Neoliberalismus ausschlaggebend scheint. Die von Mattick oberflächlich abgetanen Thesen Harveys scheinen hier wesentlich differenzierter und für die politische Praxis auch wesentlich brauchbarer: Er zeigt, wie einige andere marxistische und linkskeynesianische AutorInnen auch, den grundlegenden Zusammenhang zwischen der Aufblähung der Finanzmärkte und den Verteilungs-, Verwertungs- und Machtkonflikten in der sogenannten »realen Wirtschaft« sowie deren Ursprünge in den 1970er Jahren. Gerade die Bezugnahme auf Marx sollte jedoch die wesentliche Rolle politischer und sozialer Konflikte gegenüber einer ökonomischen Zwangsläufigkeit in den Vordergrund treten lassen.

Alles in allem bietet Mattick dennoch einen interessanten Blick auf die Wirtschaftskrise, der, auch wenn man ihn nicht in vollem Umfang zu teilen vermag, nicht zuletzt auch aufgrund der Schlantheit des Werks durchaus gewinnbringend ist. 🍷



Paul Mattick
BUSINESS AS USUAL
Krise und Scheitern
des Kapitalismus
Edition Nautilus
153 Seiten, 13,30 Euro

LUDWIG DVOŘÁK

ist geschäftsführender Chefredakteur der ZUKUNFT.



HARUN FAROCKI
GEBOREN/BORN: 1944, NOVÝ JICIN (NEUTITSCHEN), TSCHECHIEN. LEBT/LIVES: BERLIN
ERNSTE SPIELE I: WATSON IS' HIN (VIDEOSTILL), 2010
© COURTESY THE ARTIST
WWW.FAROCKI-FILM.DE

Geld, Krise & Reichtum



Laurie Penny FLEISCHMARKT

Der Spätkapitalismus brandmarkt den Körper von Frauen im Wortsinne – er brennt sein Markenzeichen ein. Penny versucht, einige der Strategien aufzuzeigen, mit denen Frauenkörper entmachtet und kontrolliert werden. Laurie Penny kennt die Theorien ihrer Vorkämpferinnen, aber sie berichtet von der Front der heutigen Verwerfungslinien und Grabenkämpfe: *Riot, don't diet!*

EDITION NAUTILUS, 128 Seiten, 10,20 Euro



Paul Krugman VERGESST DIE KRISE!

Paul Krugman neues Buch ist eine Anklage gegen die europäische und insbesondere die deutsche Sparpolitik. Er erklärt, dass Staaten, die reich sind an Ressourcen, Talent und Wissen – den wesentlichen Zutaten für Wohlstand und einen anständigen allgemeinen Lebensstandard –, in der jetzigen Lage nur durch Investitionen, also weitere Schulden auf Zukunftskurs steuern können.

CAMPUS, 272 Seiten, 24,99 Euro



Bernhard Pörksen / Hanne Detel DER ENTFESSELTE SKANDAL

Immer mehr Daten lassen sich immer leichter verknüpfen, rekonstruieren, dauerhaft speichern – und eines Tages in öffentliche Dokumente der Diskreditierung verwandeln, die sich nicht mehr nur gegen Mächtige und Prominente, sondern auch gegen Ohnmächtige und gänzlich Unbekannte richten. Der Skandal ist kein Distanzereignis mehr, sondern hat unser aller Leben erreicht.

HERBERT VON HALEM VERLAG, 248 Seiten, 20,30 Euro



Fernand Krefk u.a. (Hrsg.) LEXIKON DER GLOBALISIERUNG

Das Lexikon der Globalisierung bereitet in mehr als 140 Einträgen die Ergebnisse der Globalisierungsforschung in einer verständlichen und anschaulichen Sprache nicht nur für eine wissenschaftliche Leserschaft, sondern auch für eine breite Öffentlichkeit auf. Es steht neben der Klärung von Begriffen und Debatten die alltägliche Erfahrung von Globalisierung im Vordergrund.

TRANSCRIPT, 536 Seiten, 31,70 Euro



Christina von Braun DER PREIS DES GELDES

Der größte Teil des Geldes ist Kreditgeld, basierend auf Hoffnung, Glauben, Versprechen. In der Ökonomie gibt es einen breiten Konsens darüber, dass das Geld keiner Deckung bedarf. Das moderne Geld, das keinen materiellen Gegenwert hat, wird durch den menschlichen Körper »gedeckt«. Das erklärte auch die extrem unterschiedlichen Einkommensverhältnisse im Finanzkapitalismus.

AUFBAU, 510 Seiten, 35 Euro



Alexander Dill GEMEINSAM SIND WIR REICH

Jenseits wirtschaftlicher Zwänge entstehen Formen von Wohlstand, die sich nicht direkt in Geld messen lassen. Werte wie Vertrauen, Hilfsbereitschaft und Ehrenamt geben Gemeinschaften so die Chance, ihre Probleme mit nicht-materiellen Ressourcen zu lösen. Dill plädiert für eine neue Gemeingüterwirtschaft, beschreibt Erfolgsgeschichten und präsentiert Methoden, das Sozialkapital im eigenen Umfeld zu erkennen.

OEKOM VERLAG, 208 Seiten, 15,40 Euro

Alle Bücher sind auch in der **Buchhandlung Löwelstraße** (1014 Wien, Löwelstraße 18; buchhandlung@spoe.at) erhältlich.

Angst, Glück & Dracula



Gerbrand Bakker
DER UMWEG

Es ist ein schöner Flecken Erde, den Agnes sich als Versteck ausgesucht hat. Die Gedanken an das, was sie aus Amsterdam vertrieben hat – ihr ahnungsloser Mann, der junge Student, vor allem aber die verstörende Angst vor dem Kommenden –, lassen sich so leichter im Zaum halten. Nur manchmal wird ihr alles zuviel – wenn der Fuchs sich eine Gans nach der andern holt.

SUHRKAMP, 228 Seiten, 20,60 Euro



Ulla Lenze
DER KLEINE REST DES TODES

Seit ihr Vater bei einem Flugzeugabsturz tödlich verunglückt ist, ist auch Ariane irgendwie nicht mehr da. Während sich Mutter und Schwester um die bürokratische Abwicklung des Todesfalls kümmern, ist Ariane auf der Suche nach Halt. Schließlich muss Ariane erkennen, dass nur sie selbst es ist, die sich helfen kann, und begibt sich auf eine Reise mitten ins Zentrum ihrer Ängste.

FRANKFURTER VERLAGSANSTALT, 158 Seiten, 19,60 Euro



Bettina Baläka
KASSIOPEIA

Judit und Markus sind ein Traumpaar – zumindest wenn es nach ihr geht. Mit ihm, dem jungen Erfolgsautor, will sie noch einmal ganz von vorne beginnen. Gefolgt von ihrer Freundin Erika, die endlich Judits neuen Freund kennenlernen will, reist sie zu Bachgraben nach Venedig, wo er an seinem neuen Roman arbeitet. Das Paar verbringt einen romantischen Abend, der ein unerwartetes Ende findet.

HAYMON, 344 Seiten, 22,90 Euro



Antonio Pennacchi
CANALE MUSSOLINI

Tausende von Bauern aus den ärmlichen Regionen Venetiens wurden ab 1928 in das malariaverseuchte Niemandsland südlich von Rom umgesiedelt, um an der Aushebung des Canale Mussolini mitzuwirken; unter ihnen auch die Familie Peruzzi. Anfang des 20. Jahrhunderts hegten sie noch sozialistische Sympathien. Bald jedoch leisten sie dem Duce überzeugte Gefolgschaft und arrangieren sich mit dem System.

CARL HANSER, 448 SEITEN, 25,60 EURO



Karl-Markus Gauß
RUHM AM NACHMITTAG

In der deutschen Provinz erschießt ein schüchterner Schüler Lehrer und Klassenkameraden; wagonweise wird im Jahr der Finanzkrise Geld verbrannt, das bereits vorher nicht existiert hat; Liebhaber der Medien und Günstlinge der Politik halten ihren Vorteil für die einzige Wahrheit. Es geht es um die Frage, wie man gegen die Anfechtungen der Zeit ein richtiges Leben führen kann und dabei den Anspruch auf das Glück nicht preisgibt.

ZSOLNAY, 288 Seiten, 20,50 Euro



Bram Stoker
DRACULA

Diese Neuübersetzung des Klassikers von Andreas Nohl verbindet literarische Qualität mit höchster Spannung. Bram Stokers Dracula ist viel mehr als eine Vampirgeschichte, in der ein guter Dr. Van Helsing gegen den bösen Fürsten der Finsternis antritt. In diesem Montageroman ringt die Wissenschaft mit dem Glauben, die Empirie mit der Intuition, der Protestantismus mit dem Katholizismus, das Sichtbare mit dem Unsichtbaren.

STEIDL, 218 Seiten, 28,80 Euro

Von Austerität zu Wachstum

Im März dieses Jahres erreichte die EU-Arbeitslosenquote mit 10,9% den höchsten Wert seit Bestehen der Währungsunion und damit einen ähnlich hohen Wert, wie er in den Jahren 1995 bis 1997 zu beobachten war. Dabei steigen die Arbeitslosenquoten der südlichen Peripheriestaaten unaufhörlich. Sie erreichen nicht nur historische Höchststände, auch das Ausmaß des Anstiegs seit Krisenausbruch ist historisch einzigartig. So stieg die Arbeitslosenquote in Portugal im März auf 15,3%, was einem Anstieg um 6,4 Prozentpunkte seit 2007 entspricht. In Spanien stieg die Arbeitslosenquote seit 2007 gar um 15,8 Prozentpunkte auf 24,1%. In Griechenland, wo Daten erst für den Jänner vorliegen, stieg die Quote um 13,4 Prozentpunkte auf 21,7%. Unzureichende oder fehlende soziale Absicherungssysteme in diesen Ländern versetzen die Betroffenen in eine ausweglose Lage, zumal gleichzeitig auch Löhne und Gehälter stark einbrachen – von Ökonomen elegant als notwendige »interne Abwertung« beschrieben – wodurch Familie oder Freunde die Arbeitslosen oft nicht unterstützen können. Auch Irland erlebte innerhalb von nicht einmal fünf Jahren einen Anstieg der Arbeitslosenquote um beinahe 10 Prozentpunkte auf 14,5%.


Noch dramatischer ist die Situation der Jugendlichen (unter 25 Jahren) in diesen Ländern. So waren im März in Spanien 51,5% aller unter 25-Jährigen arbeitslos, in Portugal waren es 36,1%, in Griechenland (Jänner 2012) 51,2% und in Irland 30,3%.

Austeritätsmaßnahmen (Spanien) sowie die Umsetzung der den Programmländern abgenötigten Anpassungspläne verstärkten die Abwärtsspirale von Staatsausgaben- und Lohnkürzungen, sinkenden Masseneinkommen und Investitionen, zurückbleibenden Steuereinnahmen, Nachfragerückgang, rezessionsbedingtem Anstieg der Schuldenquote sowie rezessionsbedingter Probleme im Finanzsektor. Damit besteht die Gefahr, dass die Staatsschuldenreduktionsziele erst recht verfehlt werden. Wenn nämlich der Nenner, in diesem Fall die Wirtschaftsleistung, schneller fällt als der Zähler, die Schulden (die trotz Ausgabenkürzungen aufgrund eines rezessionsbe-

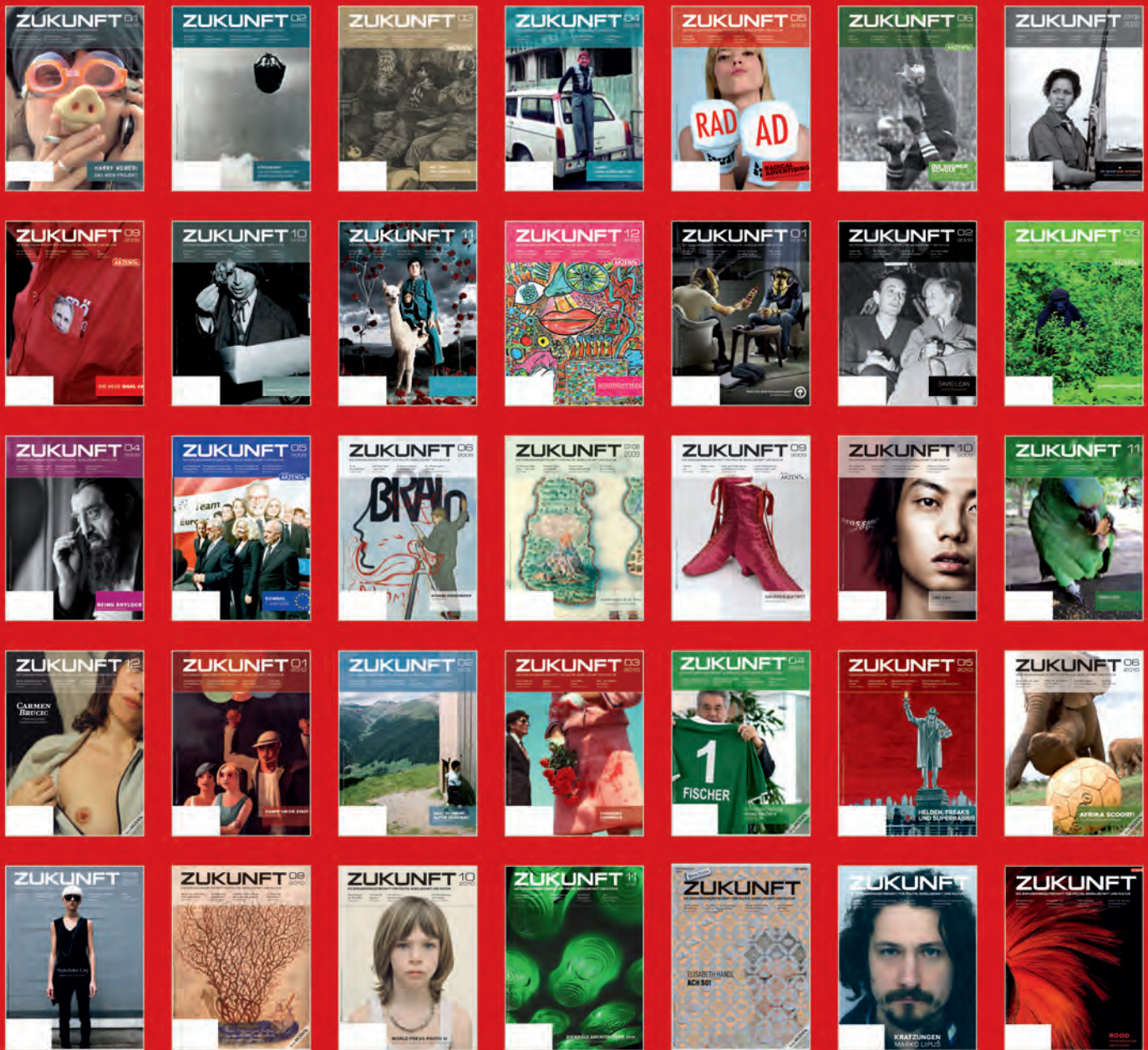
dingten Einnahmeausfalls auch steigen können), dann steigt die Schuldenquote, wie das zuletzt in Spanien und auch in Griechenland zu beobachten war. Eine Konsolidierungsstrategie ist daher nicht unabhängig von einer kurzfristigen Wachstumsstrategie zu verfolgen.

Repräsentanten der europäischen Politik reagieren auf die Dramatik der ökonomischen und sozialen Lage in den Peripheriestaaten mit der Forderung, den Fiskalpakt durch einen Wachstumspakt zu ergänzen, deren wichtigster Pfeiler eine Kapitalerhöhung der Europäischen Investitionsbank (EIB) sein sollte.

Ein Sozial- und Wachstumspakt für Europa sollte öffentliche Infrastruktur, Daseinsvorsorge, Innovation, Bildung und ökologische Modernisierung fördern und den Entwicklungsrückstand in den peripheren Regionen Europas sukzessive beseitigen helfen. Das ist Teil einer notwendigen mittel- bis langfristigen Strategie. Was die Länder aber dringend benötigen, sind zusätzlich Kurzfristmaßnahmen, die helfen, die Abwärtsspirale, die letztlich auch die Kernstaaten der Währungsunion treffen werden, zu durchbrechen. Wenn die Unternehmen nicht investieren, weil sie keine Absatzchancen für ihre Produkte sehen, werden auch Förderkredite der EIB ihre Wirkung verfehlen.

Im Londoner Abkommen 1953 gewährten 65 Gläubigerstaaten Deutschland einen Schuldennachlass von 50%, ohne dies von der Umsetzung von Sparprogrammen abhängig zu machen, denn laut Abkommen durfte der Plan die deutsche Wirtschaft nicht aus dem Gleichgewicht bringen. Dabei handelte es sich nicht um eine Geste der Versöhnung, sondern um eine kühl kalkulierte, von Eigeninteressen geleitete, politische Entscheidung, ein strategischer Weitblick, den man heute bei den Entscheidungsträgern vergebens sucht. 

HELENE SCHUBERTH
ist Ökonomin in Wien.



ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden
& einsenden an:
edition rot GmbH
Löwelstraße 18
1014 Wien

Ich bestelle ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 8,- Euro
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 44,- Euro

Name: _____

Straße: _____

Ort/PLZ: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____

Unterschrift: _____

